Nr. 203. Halle a. S., Dienstag den 1. September 1903. 14. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Postgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieher, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 6138.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Ein Mahnwort zur rechten Zeit

richtet der Vorwärts an die Parteigenossen. Anknüpfend an den hitzig geführten Streit über die Vizepräsidentenfrage und ausgehend von dem zornigen Rufe Bebels, die Zeit des Vertuschens und gegenseitigen Komödienspielens in der Partei sei vorbei, schreibt unser Bruderorgan: Wir und mit uns wohl die große Masse der Parteigenossen haben uns beim Lesen dieses Satzes verwundert gefragt: Wie, diese leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die vor keinem starken Wort zurückschreckten und in der hellsten Oeffentlichkeit alle inneren Beschwerden zur Sprache brachten — das war Vertuschen und Komödiespielen? In gewissem Sinne freilich geben auch wir zu, daß in der Partei ein wenig Komödie gespielt wird und daß es an der Zeit ist, mit diesem Komödiespielen ein Ende zu machen: Wir lieben es, uns einander äußerlich wie Gegner zu behandeln, obwohl wir uns doch alle bewußt sind, daß wir auf Tod und Leben miteinander verbunden sind, durch gleiche Ideale, gleiche Kämpfe, durch die Ueberzeugung und das Gefühl, daß unsre unsterbliche Seele unsre unsterbliche Sache ist. Wir sind eine Gemeinschaft, die durch tausend unzerreißbare Banden aneinander gefesselt ist — und dennoch erwecken wir so gern den Anschein, als ob die Partei aus auseinanderstrebenden Elementen bestünde. Freilich, darin besteht auch ein Gutteil unsrer Kraft, daß wir allein frei aussprechen dürfen, woran jede andre Partei zersplittern müßte.

Wenn unsere Partei-Erziehung vielleicht hier und da noch einer Nachbesserung bedarf, so auf dem Gebiet unserer Parteidiskussionen. Wir schelten zwar gern in Augenblicken der Ungeduld die Theoretiker, obwohl doch die theoretische Grundlegung unserer Partei unser höchster Stolz ist. Trotzdem aber zeigen wir eine merkwürdig geringe Widerstandsfähigkeit gegen das Aufdrängen von theoretischen Diskussionen, für die gar keine innere Notwendigkeit da ist. Das wächst dann lawinenmäßig an, und nach kurzer Zeit scheint es, als ob wir nichts Wichtigeres zu tun haben, als über die gleichgiltigsten Dinge zu reden, nur weil es irgend einem Theoretesierer gefallen hat, seinen Witz auf diese Frage fallen zu lassen. Da es nun menschlich ist, daß sich bei solcher Gelegenheit auch persönliche Neigungen und Abneigungen äußern, daß impulsive Befürchtungen und das natürliche Bedürfnis, recht zu behalten, mitwirken, so nimmt die Diskussion oft eine Schärfe an, die nur dann erwünscht und notwendig wäre, wenn es sich um Lebensfragen der Partei handelte. Aus einem grilligen Einfall wird so ein bedeutsames Prinzip oder ein schreckliches Symptom für gefährliche Unterströmungen. Das beliebte, aber nicht sehr förderliche Vokabel-Fangspiel zwischen Prinzip und Taktik wird fleißig geübt. Und das Ueble an alledem ist, daß wir darüber die Zeit für wichtigere Probleme verlieren. In unserer Partei hat nun einmal jeder das Menschenrecht, Torheiten, die ihm im Kopfe bedrohlich umgehen, in der Presse und in Versammlungen los zu werden, und er darf in der Betätigung dieses Menschenrechtes auch nicht beschränkt werden, weil solche Torheiten das einzige Mittel sind, um in der bürgerlichen Welt zu etlichem Ansehen zu gelangen und wohl gar den Ruf eines Staatsmannes und klugen und selbständigen Kopfes zu erringen. Vielleicht wäre es da wünschenswert, daß manche Parteiredaktionen gelegentlich ein etwas größeres Verantwortlichkeitsgefühl bewiesen, indem sie im voraus den Eindruck mancher literarischen Einfälle abschätzen und von der Pflicht des Redakteurs Gebrauch machen, kühler Berater hitziger Mitarbeiter zu sein.

Der Artikel geht dann auf das beliebte Wort ein, es müsse „die gute alte Taktik" beibehalten werden und weist nach, daß unsere Partei überhaupt noch nie eine gleiche Taktik habe beibehalten können. Es gebe keine alte und keine neue, sondern nur die Taktik.

Die Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie verfolgt, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern erst allmählich erarbeitet. Es ist eine nicht sonderlich tiefe Betrachtungsweise, wenn man taktische Probleme mit den mehr verwirrenden als klärenden Gegensatzbegriffen Radikalismus und Opportunismus, Marxismus und Revisionismus oder wie sonst diese Totschläger geistiger Verständigung lauten mögen, bezeichnet. Unwandelbar ist in der deutschen Sozialdemokratie allein das Grundgesetz unserer Taktik: die aus dem Klassenkampf folgende selbständige proletarisch-revolutionäre Politik. Ueber die richtige Anwendung dieses taktischen Grundgesetzes aber ist von jeher Streit gewesen, bis es endlich in der sozialdemokratischen Aktion der neuesten Zeit zur Lösung und Einheit gediehen ist. Das taktische Problem liegt allein in der Verbindung prinzipieller Forderungen mit den Ansprüchen der praktischen Politik des Tages, der jeweiligen Situation.

Die Taktik der Sozialdemokratie besteht darin, ohne Widersprüche und Reibung die prinzipielle mit der aktuellen Politik zu verbinden. Diese Aufgabe ist nicht an einem Tage zu lösen. Es gab Schwankungen und Irrungen, man tastete und probte, bis endlich das Problem, mit der geschichtlichen Entwickelung selbst reifend, in bewundernswürdiger Weise gelöst wurde.

Ende der sechziger Jahre stand noch selbst die Beteiligung unserer Partei an den Reichstagswahlen in Frage. Und als man sich halb widerwillig dazu entschloß, hielt man es mit den demonstrativ-agitatorischen Zwecken für unvereinbar, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien Gesetze zu machen, sich etwa mit Anträgen an der Gewerbe-Ordnung zu beteiligen. Diese Starrheit jedoch wurde zwar beschlossen, aber niemals durchgeführt. Der sozialistische Gedanke selbst war viel zu arbeitslustig, als daß er sich aus der lebendigen Arbeit des Tages verdrängen ließ. An den heftigen Streit um die Stichwahlpolitik — Parteitagsbeschluß, der die Unterstützung der Freisinnigen verbot! —, um den Eintritt in den Seniorenkonvent sei nur erinnert. 1885 wurde in Frankfurt eine Resolution gefaßt, die sich nicht enthalten konnte, die Abgeordneten daran zu erinnern, daß ihre praktische Arbeit im Parlament nicht sehr viel wert sei und daß es im wesentlichen auf die agitatorische Tätigkeit ankomme.

Besonders heftig war der Kampf um die Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen. In einer großen Berliner Versammlung vom März 1888 kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen. Ein Parteigenosse führte aus: „Wir wollen nichts Halbes, und im übrigen verstoße es gegen das sozialdemokratische Programm, wenn wir uns an einer Klassenwahl mit offener Abstimmung beteiligen." Ein Freund der Beteiligung behauptete, es seien Polizeispitzel gewesen, die von der Wahl abzuhalten gesucht hätten. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß bei einer Beteiligung an den Kommunalwahlen der Aufwand an intellektuellen und materiellen Kräften zu den möglicherweise erwachsenden Vorteilen in keinem Verhältnis steht, in fernerer Erwägung, daß **durch die Erfahrung hinlänglich erwiesen ist,** daß die Eroberung **einiger Sitze in der Stadtverordneten-Versammlung die auffteigende Entwickelung der Arbeiterpartei in keiner Weise gefördert hat, dagegen durch sich breitmachendes Strebertum und Autoritäts-Geschrei die Partei korrumpiert wird, beschließt die Versammlung, die Beteiligung an den Kommunalwahlen abzulehnen."**

Das war ein Teil der „guten alten" Taktik, wenn freilich auch nach einiger Ueberlegung der Beschluß als „unselig" bezeichnet wurde.

Der letzte große taktische Kampf galt der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. 1893 wurde in Köln die Wahlenthaltung beschlossen.

Für die Beteiligung erklärte sich damals niemand. Vielleicht war in jenem Augenblick der Beschluß auch ganz richtig, aber die Begründung, man dürfe sich in keine Kompromisse einlassen, war falsch. Denn bei der Frage der Kompromisse kommt alles darauf an, wer führt. Für eine kleine Partei werden Kompromisse leicht gefährlich, sie gerät in Abhängigkeit von ihren Feinden. Ist aber die Partei so stark geworden, daß sie die Führung übernimmt, daß sie ihre Bedingungen diktieren kann, so schwindet jede Gefahr und es wäre selbstmörderisch, auch unter den ungünstigsten politischen Rechten sich der politischen Aktion zu enthalten. So wurde ein Beschluß, der 1893 vielleicht noch richtig war, im Laufe der Zeit zu einem verhängnisvollen Irrtum. Heute bestehen in der Partei kaum noch zwei Meinungen darüber, daß man sich schon deshalb an den Wahlen beteiligen muß, weil es erfahrungsgemäß keinen anderen Anknüpfungspunkt für eine lebhafte, keimkräftige Agitation gibt.

Mit der Erledigung der Landtagswahlfrage ist das letzte wichtige taktische Problem gelöst. Es gibt keine denkbare taktische Frage auf diesem Gebiete mehr für die Sozialdemokratie; denn die Frage der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung kommt für Deutschland überhaupt nicht in Betracht. Wir haben die volle Einheit zwischen prinzipieller und praktischer Politik gefunden. Wir haben gelernt, jeden Vorteil für das Proletariat zu greifen, ohne auch nur ein Jota unsrer Forderungen als Kaufpreis dranzugeben. Wir arbeiten auf allen Gebieten, bohren uns in alle Institutionen hinein, aber wir denken nicht daran, das Erstgeburtsrecht unsrer demo-

---

6] (Nachdruck verboten.)

Gefährliche Leute.

Ein sozialer Roman von Kristian Elster.

Aus dem Norwegischen übersetzt von J. C. Poestion.

In der kleinen, nach Tran riechenden Fischerstadt hatte man eine angeerbte Vorliebe für das Alte — für alte Leute und Namen, was sehr löblich ist, und für alte Vermögen, alte Anschauungsweisen und Gewohnheiten, was nicht immer ebenso lobenswert ist. Und Knut, der in einem Rausche von unzähligen, neuen Eindrücken nach Hause kam, liebte gerade alles Junge und Neue und fühlte, wie gesagt, den Beruf, alles Ererbte, was ihm nicht gut und gerecht erschien, anzugreifen. In dem neuen Verein, den er stiftete, hielt er „weltgeschichtliche Vorträge", in denen er alle diese Helden des Thrones, des Krieges und der Kirche, von denen die Geschichte berichtet, als eine Schar von Feinden des Fortschritts der Menschheit nach Licht und Glück schilderte. Deren Taten sollten, äußerte er, unter dem Kapitel von den großen Pestkrankheiten behandelt werden, die von Zeit zu Zeit die Welt heimsuchen und deren Fortschritt jahrhundertelang hemmen. Hier war es auch, wo er ausführlich erzählte, was er im Osten erlebt: Er hatte edle, gebildete Männer und feine hochherzige Frauen gesehen, die verurteilt waren, ihr ganzes Leben zwischen Leuten Verbrechern zuzubringen, die Männer wegen ihres nicht bezwingbaren Unabhängigkeitsdranges, die Frauen, weil sie für das Unglück ihrer Gatten, Väter und Söhne Tränen vergossen hatten. Hier endlich war es auch, wo er sprach für den „Mann der Freiheit mit dem Blicke des Fortschritts in seinem Auge."

Man wird verstehen, daß die stillen, vorsichtigen Einwohner der kleinen Küstenstadt, die — wenn man von der Unruhe absieht, die der alte Holt verursacht hatte — gedeckt hinter ihren Schären gelebt, ihre Fische verkauft und über ihren Schätzen und Gewohnheiten gebrütet hatten, Gott baten, sie gnädig von dieser Brandfackel zu befreien, und mit einer bisher unbekannten Begeisterung sich an Björnholt anschlossen, als er unverdrossen sich anschickte „zum Kampfe für den alten Glauben gegen das neue Wissen".

Man war auf einen langwierigen Kampf vorbereitet; aber zu Aller Erstaunen stieg Knut gar bald von seinem weltgeschichtlichen Rednerstuhl herab und verließ die Stadt und das Land. Björnholt reichte sich in der Zeitung selbst den Lorbeerkranz: er hatte den jungen Menschen gezüchtigt. Die Sache verhielt sich indessen anders. Es war der alte Holt selbst, der Knut dazu bewog, den Kampfplatz zu verlassen. Seine eigenen Parteigenossen waren nämlich selbst vor dem jungen Idealisten erschrocken, den sie im Grunde gar nicht verstanden. Die „Schlechtgesinnten" bedankten sich ebenso gut wie die „Gutgesinnten" für den „Mann der Freiheit mit dem Bilde des Fortschritts im Auge". Der alte Holt sah ein, daß der Sohn nahe daran war, seinen eigenen Einfluß zu verspielen, und daß er fort mußte, bis er „sich gesetzt" habe. Er sagte daher eines Tages zum Sohne: „Du mußt Dich nicht vor einer so unverbesserlichen kleinen Stadt, wie diese ist, vor Anker legen. Reise, studiere, sieh und lerne alles, was ich zu sehen und zu lernen gewünscht habe, ohne es zu erreichen." Da gleichzeitig auch die Nachricht von großen Arbeiterbewegungen in mehreren Staaten Europas eintraf, war Knut leicht zu überreden. Er eilte nach einem größeren Kampfplatz.

Der Vater hörte wenig oder gar nichts von ihm, nachdem er abgereist war. Es kam da wohl ein Brief aus Berlin, einer aus Wien, einer aus Paris, aber sie enthielten wenig von dem, was der Sohn unternahm. Dann traf lange Zeit hindurch gar kein Brief ein. Endlich kam von Schwabe u. Sohn in Lissabon die Nachricht, daß Knuts Ankunft aus Buenos Aires erwartet werde. Bald darauf erhielt er von Knut selbst einen Brief: er kündigte kurz und bündig seine Rückkehr an.

Daheim hatten sich inzwischen die Verhältnisse geändert. Holts Einfluß wurde von einer neu auftauchenden Macht bedroht. Der Tischlermeister Wildhagen, der bisher nur durch seine umgewöhnlich gebrechlichen Möbel bekannt gewesen war, hielt eines Tages eine Erbauungsrede über „das tote Christentum", und mit dieser Begebenheit wurde eine religiöse Bewegung eingeleitet, die zuerst den Mittelstand ergriff, später aber durch mehrere jüngere Geistliche auch in die alten Häuser eingeführt wurde. Man begann nun zu bemerken, daß Holt niemals in die Kirche ging, nie bei den Bibelerklärungen im Bethause zugegen war und auch nie etwas für die Mission gab. In den herrschenden Familien der Stadt hatte dieses sein Verhalten nie Anstoß erregt — man war in diesen Kreisen nie sehr gläubig gewesen. Nun aber wurde diese seine „Gleichgiltigkeit für das Höhere", wie man es nannte, als Beweis angeführt für die Hohlheit seines ganzen Wesens — und zwar mit ausgezeichnetem Glück.

Seine wesentlichste Stütze hatte Holt in seinen Arbeitern. Aber man hoffte, daß auch diese brechen werde. Es gab eine gefährliche Krise in der Handelswelt. Alle Arbeitsherren hatten ihren Betrieb einschränken und die Arbeitslöhne herabsetzen müssen, ja, es standen noch weitere Einschränkungen bevor. Nur Holt hielt noch alles im vollen Betrieb. Aber diese unbegreifliche Verwegenheit mußte sich rächen, und man fing wieder an, von „Knall und Fall" zu sprechen.

Neue Wahlen standen vor der Tür, man rüstete sich auf beiden Seiten zu einem entscheidenden Kampfe. Die alten Vertreter hatten eine Wiederwahl ausgeschlagen, und der Partei des Holt fehlte es an einem Kandidaten. Holt fühlte sich bei der neuen Allianz zwischen den alten Häusern und den jungen Geistlichen nicht mehr sicher. Er wurde auch alt und fühlte, daß er einer Ablösung bedürfe. Da kam der Brief von Knuts Heimkehr. Dies war eine Siegesbotschaft. Knut war der Mann; er war jetzt über dreißig Jahre alt, besaß Haus und Grund und war den Wählern bekannt: er hatte es wahrlich nicht nötig, sich den Weg zur politischen Macht durch Kommunalgeschäfte und Festessen zu bahnen.

Die Frage war nur die, ob Knut seine demokratischen Anschauungen bewahrt hatte, und ob er seine Zeit und seine Kräfte dem kleinen Kreig in der kleinen Stadt opfern wolle.

Knut war nun angekommen; aber der alte Holt war nach dem Gespräch, das er am ersten Abend mit dem Sohne geführt hatte, sehr unruhig. Er ging die halbe Nacht in seinem Schlafzimmer auf und nieder und sann darüber nach, was das veränderte Wesen des Sohnes zu bedeuten habe. Er hatte „sich gesetzt", darüber war kein Zweifel. Aber der alte Holt war nahe daran, zu wünschen, daß er nicht den Anstoß zu diesem Prozeß gegeben hätte, indem er den Sohn zum zweiten Mal in die Welt hinausgeschickt hatte.

IV.

Es war am Tage nach der Ankunft Knuts. Holt saß in seinem Lehnstuhl und erzählte seinem Sohne die „innere Geschichte" der Stadt in den verlaufenen Jahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190309 01-16/fragment/page=0001

kratischen und sozialistischen Forderungen um Augenblicksvorteile willen zu verschachern und preiszugeben. Das ist die klarbewußte Taktik der Sozialdemokratie, die nicht die gute alte ist, die aber auch keiner Revisionen mehr bedarf.

So scheint es fast: der Uebermut eines allzu sicheren Einheitsempfindens zu sein, daß es dem unerforschlichen Ratschluß eines grübelnden Parteischriftstellers gefiel, eine „Vizepräsidentenfrage" auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu setzen. Wer die obigen historischen Erinnerungen gelesen hat, wird sich nicht darüber erregen, daß auch dieses klägliche Problemchen wieder zu dem Range eines „Symptoms" oder gar eines Prinzips emporgewuchert ist.

Nun ist es aber klar, daß die Vizepräsidentenfrage nicht in die Reihe jener bedeutsamen Diskussionen gehört, die bisher in der Partei geführt worden sind. Es ist lediglich eine Marotte und überhaupt keine Frage für die Sozialdemokratie, sondern höchstens für das parlamentarische Selbstbewußtsein der bürgerlichen Parteien. Denn abgesehen von allen Erwägungen über die Hofgängerei ist gerade vom Standpunkt einer praktischen Politik aus die Frage für uns völlig gleichgiltig.

Einmal denken die bürgerlichen Parteien nicht daran, unsern Anspruch zu befriedigen. 1895 freilich, nach dem konservativ-nationalliberalen Präsidentenstreik infolge der abgelehnten Bismarck-Ehrung, wurde uns der zweite Vizepräsidenten-Posten angeboten, wir verzichteten aber schon bei den Vorverhandlungen auf die zweifelhafte Ehre. Heute, regierende Partei geworden, denkt das Zentrum nicht mehr an irgend welche parlamentarische Gerechtigkeit. Man weigert uns den Anspruch aus nichtigsten Gründen, obwohl man damit selbst den bürgerlichen Parlamentarismus schwächt und entwürdigt.

Zweitens aber erheben wir den Anspruch einfach deshalb, weil wir auf kein uns zustehendes Recht verzichten, nicht weil wir irgend einen Vorteil für uns daraus zu entnehmen hoffen. Im Gegenteil: Aufmerksame Beobachter des Zollkampfes sind längst zur der Ueberzeugung gelangt, daß uns ein sozialdemokratischer Vizepräsident in kritischen Situationen eher schädlich als nützlich wird, und daß es für uns viel vorteilhafter wäre, wenn anständige bürgerliche Parlamentarier, die der Pflichten ihres Amtes unter allen Umständen eingedenk bleiben, das Präsidium übernähmen. Einige unglücksseligerweise mit staatsmännischen Talenten ausgestattete Parteigenossen denken anders über die Vorteile. Das ist zwar eine falsche Meinung, aber kein Verbrechen, und noch weniger Anlaß zu einer Partei-Aktion mit allem Zubehör von „Symptomen", von „Prinzipien", von „Opportunismus" und „Radikalismus".

Es läßt sich so wenig über die höchst einfache und ganz unbedeutende Präsidentenfrage sagen, daß es fast märchenhaft ist, wie man darüber so viel zu sagen vermocht hat. Und wenn es dabei zu nicht sehr erquicklichen Auseinandersetzungen zwischen einigen Parteiführern gekommen ist, so wäre auch das zu ertragen. Denn es kommt wirklich für das Schicksal der Partei nicht auf die Meinungen der Führer an, die immer nur als Berater, Erzieher, Vertrauensleute, Fachmänner ihre Bedeutung haben, während alle Hoffnung wie auch alle Gefahr in den Massen liegt. So lange in der deutschen Sozialdemokratie dieser kühne, idealistische, weitblickende und zugleich besonnene Geist herrscht, der das ganze Gebiet der politisch-sozialen Verhältnisse als eine untrennbare Einheit erfaßt, so lange bleibt die Sozialdemokratie stark und unüberwindlich, und es ist keine Befürchtung — die einzige wirkliche Gefahr —, daß die deutsche Arbeiterbewegung der englischen Krankheit kurzsichtiger, zunftmäßiger Interessenpolitik verfällt. Ob der eine Führer da dieses redet, oder jenes schreibt, kommt gegenüber den großen Entwicklungsmöglichkeiten nicht in Betracht, und diese schicksalsschweren Entscheidungen werden nicht durch literarische Einfälle bestimmt. Daran freilich hat jeder das Seinige beizutragen, daß dieser Geist der Massen kraftvoll weiter strebe, in dem sich jenes innige Bündnis von prinzipieller und praktischer Politik vollzogen hat.

Wir hätten nicht das Bedürfnis gehabt, noch einmal auf die taktischen Auseinandersetzungen einzugehen, denen irgend welche Bedeutung zuzuerkennen uns niemand zwingen wird. Wir würden sie unter die nun einmal üblichen Sommerdiskussionen rechnen, die zwar nichts nützen, aber auch nichts schaden, wenn uns die augenblickliche politische Lage nicht mit der Sorge erfüllte, man könnte auch nur einen irgendwie wesentlichen Teil der kostbaren Dresdener Zeit mit zwecklosen internen Auseinandersetzungen verschwenden. Diese Tage gebühren vielmehr lediglich Erörterungen von entscheidender Bedeutung, sie müssen das Rüstzeug stählen wider die Feinde ringsum.

Vielleicht noch niemals hat die Sozialdemokratie vor so folgenschweren Wendungen gestanden. Täuschen wir uns nicht darüber: Unser Wahlsieg hat in den herrschenden Klassen und leitenden Kreisen einen weit tieferen Eindruck gemacht, als nach außen hin zum Ausdruck kommt. Es wühlt und gärt. Das Zentrum ist offenbar bereit, die Partei der Staatsrettung zu werden. Liefert man ihm in Preußen die Schule völlig aus, so ist es im Reich für jede Schandtat zu haben.

In einer solchen Lage hat die Sozialdemokratie und der Parteitag keine Zeit zu Plänkeleien, wie sie vor dem Parteitag grassiert haben. Wir haben vielmehr nur eine Aufgabe: Rat zu pflegen, auf welche Weise, in welchen Formen wir unser Dreimillionen-Mandat für die Interessen des Proletariats, des deutschen Volkes und der Zukunft nutzbar zu machen vermögen.

Tagesgeschichte.

Halle, 31. August.

Der Freisinn als Retter.

Um sich von ihrer politischen Verpflichtung zu drücken, bei den Landtagswahlen zur Verdrängung der Reaktion gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu operieren, verfallen die Freisinnigen auf die kuriosesten Einfälle. Einmal, so sagen sie, könnten sie ihre Parteifreunde nicht dazu bewegen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen, dann ist wieder die Betonung des Klassenkampf-Charakters unserer Partei ein Hinderungsgrund, und dann folgen irgend welche andere Ausreden, um die eigene Kümmerlichkeit und Schwächlichkeit zu verdecken. Gestern tischt die Freis. Ztg. Eugen Richters einen neuen Beweisgrund dafür auf, daß die Sozialdemokratie nichts anderes tun darf, als bei den Landtagswahlen ohne jede Entschädigung für den Freisinn einzutreten. Das Blatt erinnert daran, daß 1897 das „Kleine Sozialistengesetz", wie die Umsturzvorlage genannt wird, nur mit 209 gegen 205 Stimmen abgelehnt worden ist. Ein solches Gesetz könne wiederkommen, und wenn die Sozialdemokratie nicht alles tue, um möglichst viele Freisinnige in den Landtag zu bringen, dann könne das Gesetz leicht zur Annahme gelangen.

Was der Eugen Richter doch schlau ist! Das Gruseln will er der Arbeiterklasse beibringen. Aus Furcht, es könne ein Umsturzgesetz angenommen werden, sollen wir auf Mandate zu gunsten der Freisinnigen verzichten. Wie sich Richter in den letzten Jahren immer als schlechter politischer Kalkulator erwiesen hat, so auch diesmal. Ob ein neues Umsturzgesetzchen kommen wird oder nicht, ist noch nicht gewiß. Aber das ist gewiß, daß die Freisinnigen sein Zustandekommen nicht würden hindern können, vielleicht nicht einmal würden hindern wollen. Eugen Richter muß sich deshalb schon einen anderen Grund ausdüfteln, der uns bewegen könnte, auf Erlangung von Mandaten zu verzichten. Der Appell an die Furcht findet bei den Arbeitern kein Gehör. Der Freisinn als Retter der Sozialdemokratie! Der Kasus macht allerdings lachen. Ist doch die Freis. Ztg. neuerdings unter die frommen Beter gegangen. Sie schrieb, die gemeinsame Abwehr der Sozialdemokratie durch das Bürgertum leide unter dem mangelnden politischen Interesse, insbesondere der starken Wahlenthaltung. Dem müsse aber abgeholfen werden:

Die Kirchenglocken dienen auch sonst nicht bloß kirchlichen Zwecken, sondern auch öffentlichen Zwecken der verschiedensten Art. Wäre es nun nicht angemessen, am Wahltage den Beginn des Wahlaktes am Morgen der Bevölkerung durch Glockengeläute anzukündigen; und am Abend eine Stunde vor Schluß des Wahlaktes dieses Glockengeläute zu wiederholen? Dies würde allgemein die Aufmerksamkeit lenken auf den Wahlakt und dessen Bedeutung.

Diese Verwendung der Glocken hat der gute alte Schiller in seinem Lied von der Glocke allerdings vergessen. Aber Eugen Richter wird es jetzt nachholen und den entsprechenden Passus dazu dichten.

Die Gescheiteten und die Geschorenen.

Auf dem Katholikentage in Köln hatte der Kardinal-Erzbischof Fischer die Spaltung Deutschlands in Katholiken und Protestanten lebhaft bedauert, aber hinzugefügt, über dieser Verschiedenheit dürfe nicht vergessen werden, was beide einigt. „Wir müssen uns gegenseitig schonen, gegenseitig achten, gegenseitig lieben. Wir müssen für einander beten, ja beten, meine Herren, für die geistige Einheit Deutschlands, des ganzen weiten deutschen Vaterlandes. Die Zeiten sind schwer und ernst. Der Geist des Umsturzes arbeitet an der Zerstörung von Thron und Altar und nagt an dem Lebensmark unseres Volkes. Da sollten alle, die noch feststehen im Glauben an unseren Herrn Jesus Christus als den menschgewordenen Gottessohn und den Erlöser der Menschen, alle gläubigen Christen im deutschen Vaterland, statt sich zu befeinden und gegenseitig zu verletzen, gemeinsam Schulter an Schulter kämpfen für das gemeinsame christliche Erbgut." (Donnernder Beifall.)

Dazu bemerkt die Kreuzzeitung: „Wir können nur wünschen, daß alle katholischen Deutschen sich diese Worte zu Herzen nehmen, daß sie in ihrem Sinne leben und handeln möchten. Aber auch unseren evangelischen Mitbürgern empfehlen wir, sie zu beachten. Sie sollten nicht vergessen, daß beiden Bekenntnissen trotz aller Gegensätze doch der Glaube an Jesum Christum, den Sohn Gottes, der uns durch seinen Kreuzestod von unseren Sünden erlöst hat, gemeinsam ist, und daß sie berufen sind, auf diesem Boden die widerchristliche Weltanschauung zu bekämpfen."

Von einer „Sünde" ist die Kreuzzeitung noch nicht erlöst, nämlich von der, daß sie die sozialdemokratischen „Brüder" lieber heute als morgen durch einen Regen von Pech und Schwefel vernichtet sehen möchte. Ueber der sehr christlichen Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen, vergißt das Junkerblatt sogar seinen Kampf mit Rom.

Ungeheure Arbeitslast und Verantwortlichkeit.

Bei einem Mahle hielt Wilhelm II. am Freitag in Kassel eine Tischrede, in welcher er nach offiziöser Meldung ausführte:

Ich freue mich, auf dem Boden zu sein, auf dem ich gelernt habe, von kundiger Hand geleitet, daß die Arbeit nicht nur um sich selber willen da ist, sondern daß man **in der Arbeit seine ganze Freude** finden soll. Die ernsthaften, unobäisigen Vorbereitungen, die ich in meinem Studium auf dem Gymnasium und unter der Leitung des Geheimrats Hinzpeter hier vornehmen konnte, haben mich **befähigt**, die Arbeitslast auf die Schultern zu nehmen, die Tag zu Tage in wachsender Bürde zunimmt. Und wenn schon **damals** meine Lehrer, überzeugt von der hohen Aufgabe, die ihnen übergeben war, alles daran setzten, jede Stunde und jede Minute auszunutzen, um **mich für den kommenden** Beruf vorzubereiten, so glaube ich doch, daß niemand von ihnen sich darüber hat klar sein können, **welche ungeheure Arbeitslast und welche niederdrückende Verantwortlichkeit** demjenigen aufgebürdet ist, **der für 58 Mill. Deutsche verantwortlich ist.** Jedenfalls bereue ich keinen Augenblick die mir damals schwer vorgekommenen Zeiten, und ich kann wohl sagen, daß die Arbeit und das Leben in der Arbeit mir zur zweiten Natur geworden sind. Und das danke ich dem Kasselaner Boden.

Wir legen Tafelreden, auch wenn sie aus dem Munde des Kaisers kommen, nicht größere Bedeutung bei, als Tafelreden eben haben. Wenn sich Wilhelm II. für die 58 Millionen Deutschen „verantwortlich" fühlt, so ist das allerdings niederdrückend. Wenn sich diese drei Millionen Sozialdemokraten mit ihren vielleicht zwölf Millionen Angehörigen den Kaiser für ihre Personen von dem Gefühl der Verantwortung entbinden könnten, würden sie es gewiß gern tun. Im übrigen ist nach der preußischen Verfassung jeder 18jährige Prinz zum Antritt der selbständigen Regierung berechtigt, auch wenn er nicht zur Führung der Regierung befähigt wäre.

Einen Tritt auf den Kopf.

Der Bruder eines in Metz dienenden Soldaten erhielt auf Anfragen nach dem Befinden seines Bruders folgende Auskünfte:

Metzer Infanterie Rgt. Nr. 98 — Metz, 12. 8. 03.
In 57 Pers.

Herrn
Julius Abel
Düsseldorf

teilt das Regiment auf das Schreiben vom 10. d. Mts. ergebenst mit, daß Ihnen in den nächsten Tagen, nach Ausstellung eines ärztlichen Attestes, **nähere Nachrichten über das** Befinden Ihres Bruders sowie über den Stand der Untersuchung gegeben werden.

Rochlitz.

Mehr Aufklärung folgte in dem nächsten Schreiben:

Metzer Infant. Rgt. Nr. 98
In 57 geb.

Herrn Julius Abel
Düsseldorf

teilt das Regiment im Verfolg des Schreibens v. 10. d. Mts. folgendes mit:

Es ist richtig, **daß Ihr Bruder durch den Leutn. Schilling** des diess. Regts. dadurch körperlich **mißhandelt worden ist**, daß er während des Unterrichts in das Gesicht gestoßen wurde. Das entsprechende Verfahren gegen den genannten Offizier ist eingeleitet worden. Die Untersuchung wird durch das Gericht der kgl. 33. Division in Metz geführt.

Ihr Bruder wurde nach dem Unfall am 15. 7. d. J. wegen **Gehirnerschütterung** in das Lazarett aufgenommen und nach etwa 10 Tagen als geheilt entlassen. Am 31. 7. d. J. mußte er wegen geistiger Verwirrtheit wieder in das Lazarett aufgenommen werden. Dort hat er angegeben, daß er am 30. 7. während des ..... (unleserlich. Eskala-

---

„Da hast Du das Skelett der Begebenheiten," endigte er; „Du mußt nun der Führer der Partei werden, Knut."

„Mit Deiner Stimme, Papa?"

„Stimme? Du wirst Stimmen im Ueberfluß bekommen! Du mit Deiner Begabung!"

„Aber warum in aller Welt läßt Du Dich nicht selbst wählen, Papa?"

Holt kaute an der Pfeifenspitze.

„Es fehlt mir an Kenntnissen . . ."

„Haben Deine Rivalen vielleicht mehr?"

„Nein, weniger. Aber ich besitze meinen Stolz. Ich müßte der erste sein, das kann ich aber nicht. Und überdies . . . jetzt . . . gegen die neue Macht . . . nein, das würde nichts nützen. Aber Du . . . Du bist gerüstet . . . ."

„Ich? Nein, Papa, die Spannkraft in mir ist gebrochen. Ich habe kein einziges zündendes Wort mehr."

Es trat eine lange Pause ein. Holt saß da — die Hände auf der Tischplatte — und stierte vor sich hin.

„Das ist schlimm," sagte er, „sehr schlimm. Ich hatte so gewiß erwartet . . . ich hatte darauf gerechnet . . ."

Knut erhob sich.

„Es tut mir leid, Papa, daß ich Deine Erwartungen täuschen soll. Aber ich kann es nun einmal nicht ändern. Dahin ist dahin."

Peter steckte seinen Kopf zur Tür herein. Er erklärte, daß er bei diesem herrlichen Frühlingswetter unmöglich arbeiten könne, und daß er daher gekommen sei, Knut zu fragen, ob sie nicht ihre gemeinschaftlichen Freunde besuchen sollten.

„Gut, gehen wir," antwortete Knut und zündete sich eine Zigarre an. „Aber führ' mich nicht gleich zu einem von denen, die nach Bockshaaren riechen. Du mußt bedenken, daß ich von einer Seereise komme."

„Was meinst Du?" fragte Peter. „Ich dachte, wir sollten zu Aage Storm hinaufgehen; Du trifft da gewiß mehrere, die Du kennst."

„Wie Du willst. Ich bin parat."

Sie gingen. Holt blieb lange in derselben Stellung sitzen. Er sagte halblaut zu sich selbst: „Ja . . . was ist nun da zu tun? Sich einschränken . . . verabschieden . . . und dann . . . und dann ihnen den Sieg in die Hände spielen!"

Er erhob sich heftig und schlug auf den Tisch.

„Zum Teufel! Ich habe schon manchen Sturm überstanden in meinem Leben, ich will es noch einmal wagen!"

Peter und Knut gingen durch die krummen Gassen, an der Lateinschule vorüber und durch das Tor. Sie blieben bei einem alleinstehenden, rotbemalten Hause stehen. Hier wohnte Aage Storm.

Sie traten in ein langes schmales Zimmer ein, in dessen Mitte ein schwerer Eichentisch stand. Zu beiden Seiten waren Bänke. Ein scharfer Tabaksgeruch schlug den Eintretenden entgegen. Um den Tisch saßen sechs Herren, die aus großen Krügen selbstgebrautes Bier tranken. Aage Storm, der Wirt, ging mit langen, wohlbedachten, man könnte beinahe sagen, tiefsinnigen Schritten auf und nieder und sprach. Die eine Hand hatte er in seine Hausjacke gesteckt, in der anderen hielt er eine übermäßig lange Pfeife mit einem sehr alten Kopf. Von Zeit zu Zeit blieb er beim Fenster stehen und sah mit einem Blick hinaus ins Blaue. Man bemerkte dabei das nächst einem ungeheuren Bart und einer Mähne von braunem Haar an dem Manne besonders Hervortretende: seine tiefen, sinnigen Augen.

Ohne in seinem Gang oder in seiner Rede inne zu halten, begrüßte er die Eintretenden mit einem Kopfnicken. Er war eben im Zug, etwas Altes, etwas aus der „Kraftdichtung" der früheren Zeit „auszulegen". Er blieb dann wieder beim Fenster stehen, blickte abermals hinauf ins Blaue und sagte:

„Ja, es ist doch merkwürdig! Alles ist so tief bei diesen Alten, so tief und so kräftig, so kräftig. Es sind lauter unumstößliche Wahrheiten."

Hierauf schwieg er lange, wendete sich langsam zu seinen Gästen um und ergriff zuerst Peters, dann Knuts Hand. Er hielt beide Hände lange in der seinigen und blickte ihnen mit einem milden Lächeln in die Augen. „Sieht einmal, das ist Knut Holt," sagte er.

Bedächtig ging er hierauf zum Schranke und kam mit einer Flasche unter dem Arme und zwei Krügen in der Hand zurück.

Er füllte die Krüge und trank den anderen zu. Dann begann er wieder seine Wanderung auf und ab, ohne, wie es schien, für das Gespräch, das inzwischen von den übrigen geführt wurde, ein Ohr zu haben.

Einer der Anwesenden näherte sich Knut. „Wer hat nicht in dem einen oder anderen Dorfe solchen Gestalten begegnet? Es ist ein älterer, korpulenter Herr mit einem fetten, blassen Gesicht und rotfleckigen, faltigen Augen. Er trägt Hornbrille mit großen, runden Gläsern, eine militärische Halsbinde, eine bis ganz an den Hals hinauf zugeknöpfte Weste, die an den Taschen ganz schmierig ist, einen abgetragenen schwarzen Rock und Friesehosen. Und wer, der mit einem solchen Herrn zusammengekommen ist, hat nicht sogleich erraten, daß er vom Einkassieren kleiner, zweifelhafter Forderungen und von der Führung kleiner, zweifelhafter Rechtshändel, die niemand anderer auf sich nehmen will, sein Leben fristet?

Redakteur Höffen — denn dieser war es — hatte einmal diese bescheidene Stellung in einem abgelegenen Dorf eingenommen und würde vielleicht noch eine unbemerkte Existenz geführt haben, wenn er nicht ein Mensch von unerschütterlicher Ueberzeugung gewesen wäre. Diese Eigenschaft war ihm nicht immer zum Nutzen ausgeschlagen. Er war Kadett gewesen, aber er hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß es für ein freies Wesen unwürdig sei, sich der militärischen Disziplin zu unterwerfen. Er geriet deshalb in Kollision mit seinen Vorgesetzten, die in diesem Punkte bornierte Anschauungen hegten. Dann wurde er Jurist und Landesprokurator. Er hatte jahrelang als solcher gelebt, als er plötzlich eine tiefe Ueberzeugung von dem höheren Rechte der Demokratie fühlte. Da seine Lebensstellung sich nicht gut mit dieser neuen Extremitis vereinigen ließ, zog er in die Stadt und gründete eine demokratische Zeitung, die eine große Verbreitung gewann, jetzt lebte er recht sorgenfrei für seine Ueberzeugung.

Er grüßte Knut familiär und zog ihn in einen Winkel, wo er ihn mit Wahlskandalen und Stadtneuigkeiten zu unterhalten begann. Er hatte einmal einen Gehirnschlag bekommen, der eine Mundwinkel war noch etwas schlaff, und die Worte kamen daher auf eine eigene Weise hervor. Dies gab seiner ganzen Konversation ein unbehaglich intimes Gepräge. Man erwartete immer Mitteilungen, die nicht für sittsame Ohren waren. Er sprach von der „geistlichen Tyrannei" in der Stadt. Er konnte Knut die unglaublichsten Dinge erzählen — — — kannte Knut den Pastor Grün, der übrigens jetzt die Stadt verlassen hatte? Knut hatte nicht das Vergnügen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0002

bisens?) einen Tritt auf den Kopf bekommen hätte. Näheres ist hierüber noch nicht ermittelt worden.

Nach dem ärztlichen Gutachten ist es zur Zeit noch nicht möglich, anzugeben, ob Ihr Bruder dauernd Schaden an seiner Gesundheit erlitten hat. Erst die weitere Lazarettbehandlung kann darüber Aufschluß geben.

Ihr Bruder befindet sich im Lazarett II Metz-Montigny.

Rochlitz.

„Schule der Erziehung" nennt man die Soldatenjahre.

Die Giesebrechterei eine Erfindung?

Als vor einigen Wochen durch die sozialdemokratische Presse das Giesebrechtsche Attentat auf das Reichstagswahlrecht an die Oeffentlichkeit gezogen wurde, hoben sofort die Ganz- und Halboffiziösen ihre reinlichen Schwurfinger zum Eide hoch und erklärten die Enthüllungen für puren Schwindel; „niemand denke daran, das Wahlrecht zu ändern; die Sozialdemokratie habe die nach jeder Richtung belanglosen Aeußerungen eines einflußlosen Privatmannes aufgebauscht; jedenfalls habe die Regierung an den Attentatsplänen keinerlei Anteil.

An diesem Dementi der Offiziösen hat sich das Wort bewährt, daß Lügen kurze Beine haben; denn jetzt wird einem Berliner Blatte aus Sachsen-Weimar geschrieben:

„Ein Mitglied der weimarischen Staatsregierung hatte kürzlich in Berlin eine Rücksprache mit den höheren Reichsbeamten, bei der auch diese Frage gestreift wurde. Dabei erklärte der letztere — so wenigstens wird versichert — etwa das Nachstehende: Die Bewilligung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten in der Höhe der den Mitgliedern des preußischen Landtages gezahlt werdenden Entschädigung sei vorgesehen, aber **nur beim Zustandekommen einer Wahlgesetznovelle**, welche **die notorischen Ungerechtigkeiten des jetzigen Systems** wenigstens in der Hauptsache beseitige und **der Intelligenz**, dem **Besitze** und der persönlichen Integrität die gebührliche Präponderanz gegenüber den entgegengesetzten Eigenschaften verschaffe. **Mit dieser „Revision" könne nicht länger gezögert werden**, da jedes weitere Hinausschieben die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens vermindere. Man dürfe erwarten, daß die Mehrheit des neuen Reichstags den geplanten, auch vom Kaiser gebilligten Abänderungsvorschlägen — **mäßigen Zensus**, soziale Vorbedingungen 2c. ohne Annahme des Pluralsystems — zustimmen werde, da ja die liberalen wie die konservativen Parteien gleich gefährdet seien, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden."

Bisher beteiligten sich die offiziellen Blätter nicht am Dementieren; sie überließen diese Arbeit den „außerehelichen" offiziösen. Nunmehr wird, da eine Bundesstaatsregierung mit in die Debatte gezogen worden ist, eine offizielle Erklärung nicht ausbleiben können. Bleibt sie aus, so wäre das der beste Beweis dafür, daß die Giesebrechterei schon viel weiter vorgeschritten ist, als seine Zirkulare vermuten ließen.

Neue Kavallerie-Divisionen

sollen bei verschiedenen Armeekorps errichtet werden. Die D. Tgs.-Ztg. hat ihre Bedenken dagegen. Sie meint, ehe die Forderungen bewilligt werden könnten, müsse man überzeugt sein, daß nichts Ueberflüssiges gefordert wird. Das Vertrauen sei aber in den letzten Jahren wankend geworden. — Das agrarische Blatt braucht sich nicht so gewunden auszudrücken. Es mag doch offen heraus erklären: Bewilligt uns die Regierung unsere Wucherzölle, so bewilligen wir ihr die neuen Kavallerie-Divisionen, obwohl wir wissen, daß sie nicht notwendig sind. Gibt uns jedoch die Regierung nicht die hohen Zölle, dann streichen wir ihr die Hälfte der Forderungen, um unseren Aerger zu stillen und die Regierung merken zu lassen, daß eine Hand die andere wäscht.

Aus den Kruppschen Betrieben.

Kürzung der Löhne! ist die Devise der neuen Aktiengesellschaft F. A. Krupp. In allen Betrieben, so berichtet die Dortmunder Arbeiterzeitung, werden die Akkordpreise sowohl wie die Löhne beschnitten. Gelernte Arbeiter, wie Schlosser, Dreher usw., erzielen mit wenigen Ausnahmen nur noch Höchstlöhne von 36 Mk. bis höchstens 40 Mk. pro zweiwöchentliche Lohnzahlungsperiode, die Löhne sinken bis zu 26 Mk. herab und noch tiefer. Früher wurde den Arbeitern, wenn Kommissionen nicht vorhanden, der Schichtlohn von 2.80 Mk. bis 3.30 Mk. garantiert für Arbeiten im Betriebe, das fällt jetzt fort. Die Lohngarantie verschwindet immer mehr; wenn Arbeit nicht vorhanden, werden die Taglöhne nicht mehr in Berechnung gestellt. Es ist schon keine Seltenheit mehr, daß die Akkordpreise dermaßen gedrückt werden, daß der Lohn nicht verdient werden kann. In solchen Fällen hat man die Aushilfe erfunden, daß den Akkordanten Lehrlinge beigegeben werden, um damit die billige Herstellung zu ermöglichen. Das Strafsystem wird auch in ganz neue Bahnen geleitet; während früher die Strafgelder alle in die Invalidenkasse resp. Pensionskasse der Fabrik flossen, werden jetzt schon Stundenstrafen verhängt, das heißt, für irgend welche Verfehlungen bei der Arbeit werden Stunden in Abzug gebracht, die Strafe verfällt also der Betriebskasse, nicht der Pensionskasse.

Offizierspensionen und Schlagfertigkeit.

Die Herren vom Militär melden bei dem neuen Reichsschatzsekretär schon ihre Forderungen an. Nach der Neuen polit. Korresp. soll eine der ersten Aufgaben des Herrn von Stengel die Bereitstellung von Mitteln für das neue Militär-Pensionsgesetz sein. Nach sachverständigem Urteil handelt es sich dabei um eine Mehrforderung von **20 Millionen Mark** jährlich. Die Vorlage ist im Kriegsministerium seit längerem fertig gestellt. Der Reichstag war auch mit großer Majorität bereit, das Gesetz anzunehmen, aber die Mittel fehlten. Mit ihrer Bereitstellung würde, sagt die Korrespondenz, Frhr. v. Stengel sich ein ausgezeichnetes Entree schaffen. „Denn man hält in maßgebenden Kreisen der Armee das neue Pensionsgesetz wegen seines moralischen Effektes für die Schlagfertigkeit der Armee wertvoller als Rohrrücklauf-Lafette und Schutzschilde, und daß auch im neuen Reichstag eine starke Majorität für das Gesetz vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel."

Mit der Schlagfertigkeit der Armee hat unseres Erachtens das Pensionsgesetz absolut nichts zu tun. Daß sich für die Erhöhung des Pensionsetats im Reichstag eine Mehrheit finden wird, ist leider wahrscheinlich. Gerechtfertigt ist das freilich nicht, denn der Gesetzentwurf stellt die pensionierten Offiziere um vieles besser als die Beamten irgend einer anderen Kategorie, während überdies die Offiziere erstens viel schneller in den Bezug von Gehalt gelangen, als z. B. sämtliche akademisch gebildeten Staatsbeamten, außerdem aber auch die Gehälter der Offiziere diejenigen der Zivilbeamten in jeder vergleichbaren Kategorie weit übertreffen. Außerdem wird die Erhöhung der Pensionen nur ein Anteil sein, noch mehr Offiziere zu pensionieren, ohne daß sie wirklich dienstunfähig sind.

Unternehmerhochmut.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes hatte an den Verein für bergbauliche Interessen eine Eingabe gerichtet, er möge auf seine Mitglieder zur Entschädigung an die wurmkranken Bergarbeiter und zu Maßregeln gegen die Wurmkrankheit sowie zur Abstellung sonstiger Mißstände einwirken. Darauf erhielt der Verbandsvorstand jetzt folgende Antwort:

„Auf Ihre Eingabe vom 5. August d. Js. erwidern wir Ihnen, daß wir Ihre Berechtigung, Verhandlungen für die Belegschaft des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund zu führen, nicht anerkennen können und daher auch auf eine Erklärung über die von Ihnen vorgebrachten Beschwerden verzichten müssen. Sie werden übrigens auch inzwischen sich davon überzeugt haben, daß der Verein und die ihm angehörigen Zechen in der wohlwollenden Fürsorge für die Bergleute selbst durch den Arbeitgebern feindliche Kundgebungen nicht beirrt werden."

Diese Antwort ist nicht nur hochnäsig sondern auch dumm. Der Verband ist jetzt schon stark genug, daß er die Führung der Belegschaft des gesamten Ruhrreviers hätte, sobald ein offener Konflikt ausbräche; es würde dann den Unternehmern sehr schnell klar werden, daß der Verband die Macht besitzt, im Namen der Belegschaft zu sprechen, und die Herren würden wohl gezwungen sein, diese Macht anzuerkennen. Und wenn es ihnen Ernst ist mit der oft gegebenen Versicherung, daß sie mit den Arbeitern in Frieden leben wollen, dann täten sie nur gut, die Berechtigung der Organisation auch schon in Friedenszeiten anzuerkennen. In tatsächlicher Hinsicht sei noch bemerkt, daß die im Ruhrrevier herrschenden Zustände schon längst wieder zu einem offenen Konflikt geführt hätten, wenn der Verband nicht friedenstiftend wirkte.

Auf dem diesjährigen Deutschen Apothekertag ist der Wunsch zur Anmeldung gebracht worden, die Apotheker sollten — nach Verstaatlichung der Apotheken (?) — die Ermächtigung erhalten, die Nahrungsmittelunterfuchung professionell zu übernehmen. Die Verwirklichung dieses Strebens ist schwerlich zu erreichen. So weit bekannt, herrscht bei den deutschen Regierungen die Neigung vor, nach dem Vorbilde Bayerns, das in vier Orten amtliche Nahrungsmittelunterfuchungsstellen hat, solche an bestimmten Punkten zu errichten. In Berlin besteht eine solche bereits. U. a. wird demnächst eine in Cleve errichtet werden.

Zu den Massenerkrankungen auf dem Truppenübungsplatze Hammelburg wird berichtet: Am 23. ds. Mts. erkrankten vom 2. Bataillon des 4. Infanterie-Regiments plötzlich nach dem Mittagessen 150 Mann an heftigem Erbrechen. Die Ursache dieser Massenerkrankung wird in dem Genusse von Kartoffelsalat vermutet. Das Befinden der Leute soll wieder normal sein.

Das große Reinemachen bei den „unpolitischen" Kriegervereinen nimmt kein Ende. Dem Bahnarbeiter N. in Weddendorf (Kreis Gardelegen) wurde folgendes Schreiben zugesandt:

Herrn H. N., Bahnarbeiter, hier.

Es ist festgestellt worden, daß Sie sich seinerzeit an der Verbreitung von sozialdemokratischen Flugblättern beteiligt haben. Da eine solche Handlungsweise den Grundsätzen eines Kriegervereins zuwiderläuft, sind Sie aus dem hiesigen Krieger- und Landwehrverein ausgeschlossen worden.

Der Vorstand. J. A.: Stottmeister.

Danach scheint es, als wenn die „furchtbare" Musterung, die allüberall nach der Wahl in den Kriegervereinen ausgeübt wird, noch nicht ihr Ende erreicht hat. Uns kann's recht sein. Da bekanntlich der Zugang bei den Kriegervereinen an sich nicht gerade stark ist, so dürften nach menschlichem Ermessen noch einige Wahlen genügen, diese Gebilde menschlicher Torheit der Auflösung näher zu bringen. Es wäre auch interessant, zu erfahren, ob der Ausschluß des N., der übrigens auf das entschiedenste bestreitet, Flugblätter verbreitet zu haben, auf Veranlassung des Vorstandes oder der Versammlung geschehen ist.

Vermehrung des Personals der Gewerbe-Inspektion in Württemberg. Der württembergische Staatsanzeiger gibt bekannt:

„Bei der Gewerbe-Inspektion sind 3 weitere männliche Hilfskräfte und eine weitere weibliche Hilfskraft zunächst probeweise und gegen Taggeld anzustellen. Den neu zu berufenden männlichen Gehilfen soll hauptsächlich die Vornahme einfacher Revisionen zugewiesen werden. Der weiblichen Gehilfin werden ähnliche Revisionsaufgaben wie der jetzigen Gewerbe-Inspektionsassistentin zufallen." Die württembergische Regierung will also endlich dazu übergehen, auch Arbeiter zur Gewerbe-Inspektion heranzuziehen. Hoffentlich verfällt sie nicht in den Fehler, der bei Ausführung der Bauarbeiter-Schutzvorschriften in Stuttgart gemacht wurde, wo man nicht tüchtige Arbeiter sondern Polizeiere und Werkführer mit der Aufsicht betraute. Der Zweck, der mit der Anstellung von Hilfskräften, die selbst gewerblich tätig gewesen sind, verbunden ist, wird auf diese Weise nicht erreicht.

Ausland.

Italien. Reformen im Süden. Der Süden Italiens bildet seit Jahren für die italienische Regierung die Quelle dauernder Schwierigkeiten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind dort die denkbar ungünstigsten; große Latifundien, deren Besitzer vielfach Grund und Boden verwildern lassen oder durch Raubwirtschaft ertragsunfähiger gemacht; auf der andern Seite die große Masse der Pächter und Landarbeiter, die kaum imstande sind, dem Boden die hohen Pachtsummen abzuringen. Die zahlreichen Revolten der Contadini (Kleinbauern) und der Landarbeiter, die in den letzten Jahren in den Südprovinzen vorgekommen sind, finden ihre Erklärung neben dem brutalen Auftreten der Grundherren und der Polizeimacht vor allem in jener kraftlosen Verelendung großer Volksmassen. Dabei vermehrt sich die Bevölkerung in jenen Provinzen so stark, daß trotz der Ab- und Auswanderung von jährlich Zehntausenden, noch stets Tausende Arbeitsloser vorhanden sind.

Die Sozialdemokratie hat schon seit vielen Jahren eine gründliche Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Südens durch ausreichende staatliche Machtmittel befürwortet; ihre Abgeordneten in der Kammer forderten umfassende Be- bezw. Entwässerung, Anlegung von Kanälen und Eisenbahnen, vor allem aber Vorkehrungen, den gänzlich agrarischen Süden der Industrie zu öffnen. Diesen Anregungen ist schließlich auch die Regierung gefolgt und setzte vor etwa Jahresfrist eine Kommission ein, welche die Ursachen des wirtschaftlichen Tiefstandes der Stadt und Provinz Neapel zu untersuchen und geeignete Vorschläge zur Behebung des Notstandes zu machen hatte. Von Neapel, der Hauptstadt des Südens, soll die Regeneration der südlichen Provinzen ausgehen. Die Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und der Avanti ist — wie er sagt als erstes Blatt — in der Lage, Auszüge aus dem Bericht der Kommission wiederzugeben.

Diese Vorschläge laufen alle darauf hinaus, der Industrie in Neapel einen günstigen Boden für deren Entwicklung zu schaffen. Zunächst soll das Schul- und Unterrichtswesen verbessert werden; es wird vorgeschlagen, Webschule und ein chemisches Laboratorium zu gründen, die technischen Hochschulen, sowie die Gewerbe- und Fachschulen zu verbessern und zu erweitern. Der Staat soll hierzu Subventionen leisten. — Die Kommission empfiehlt ferner: Aufhebung des Oktroi auf die notwendigsten Lebensmittel und die Rohprodukte. Den Unternehmern, die in den ersten 5 Jahren nach Verkündigung des Gesetzes in Neapel oder Umgebung Fabriken errichten, werden große Vergünstigung in Aussicht gestellt. Nach den Vorschlägen der K. sollen die zur Einrichtung der Fabriken nötigen Maschinen, sowie auch das Baumaterial vom Eingangszoll befreit bleiben. Weitere Vergünstigungen sollen bezügl. der Steuern, Zölle, Ausfuhrprämien 2c. eintreten und zwar für 15 Jahre lang. Auch die bereits bestehenden Betriebe sollen auf Antrag (namentlich bei Erweiterung ihrer Fabriken) dieser Vergünstigungen teilhaftig werden. Die Gründung von Korporativgenossenschaften soll durch Subventionen gefördert werden. — Für die Stadt wird die Konzession dauernder und kostenloser Ausnutzung der Quellen des Volturno zu hydroelektrischen Zwecken gefordert. — Der Handelsverkehr von Neapel soll durch Verbesserung der Transportmittel — namentlich Hafen- und Eisenbahnbauten (Lokal- und Fernverkehr) — gefördert werden. Endlich wird die Regierung ersucht, der Stadt weitere Zuwendungen aus den Steuererträgen zu gewähren.

Soziales.

— Eine Arbeiterkrankheit. Ein Mitglied der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse in Wien wandte sich an den Arzt mit dem Ersuchen, es krank zu schreiben. Die Diagnose des Arztes lautete: chronischer Hunger. Aus einem zu der Sache gehörigen Briefe des Arztes teilt die Wiener Arbeiterzeitung folgendes mit:

„Das Mitglied wurde am 18. August in meiner Ordination und auch nach der Ordination in der Wohnung von mir untersucht. Meine Diagnose wurde von der Frau selbst bestätigt, die angab, seit mehreren Wochen nur von Kaffee und Suppe zu leben, da sie selbst für sich und ihren Mann, der seit Monaten keiner Beschäftigung nachgeht, schwer arbeitet und dabei wenig verdient."

In Deutschland kommt so was natürlich nicht vor.

— Eine fette Stelle. Der Frankfurter Zeitung wird aus Elberfeld geschrieben:

Ein fetter Posten wird von der königlichen Baugewerkschule Barmen-Elberfeld ausgeschrieben: eine „Sekretärstelle, zu besetzen im Nebenamte oder durch einen pensionierten Beamten". Einer, der sich um die Stelle beworben hatte, macht darüber in einem hiesigen Blatte nähere Angaben. Danach erhält der „Sekretär" ein Monatsgehalt in Höhe von 20.83 M., mit Aussicht, demnächst auf 30 M. zu steigen. Dienststunden von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags. Durch Fertigstellung von Schreibarbeiten außerhalb der Dienststunden könne man sich noch einen Nebenverdienst verschaffen. Der betreffende Bewerber macht den Stadtvätern den Vorschlag, bei der Anstellung von städtischen Beamten ebenso zu verfahren; sie könnten auf solche Weise leicht die drückende Steuerlast der Bürger (236 Prozent der Staatseinkommensteuer) verringern.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Fette in Halle.

Weisse Kleiderstoffe
Mull, Batist, Bastist à jour, Satin à jour, Batist rayé, Prinzenstoff, Cachemire, Crêpe, Piqué etc.

Weisse Mädchen-Kleider.
in einfacher bis zur elegantesten Ausführung und allen Preislagen.

Schärpen, seidene Bänder, Handschuhe.

Anerkannt billigste Preise!

Anerkannt grösste Auswahl!

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin.** Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten.

Berlin, 31. August. Gestern abend 8 Uhr erfolgte in der Akkumulatorenfabrik Böse und Komp. hier eine Explosion. Das Feuer wurde bald gelöscht, der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. Die Ursache der Explosion ist noch nicht ermittelt.

Konitz, 31. August. Im Manövergelände bei Tuchel ereignete sich ein schwerer Unfall. Der Kanonier Belinger vom 36. Art.-Reg. stürzte mit dem Pferde und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er auf dem Transport nach dem Lazarett verstarb.

Paris, 31. August. Aus Clairmont-Ferrant wird berichtet: Der Reservist Jay, ein Menonit, der sich bisher aus religiösen Gründen weigerte, ein Gewehr zu tragen und deshalb vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, hat eingewilligt, die Waffe zu nehmen.

Newyork, 31. Aug. Der Staatssekretär des Auswärtigen erklärte, daß die Unsicherheit in der Türkei Amerika zwinge, zum Schutze amerikanischer Bürger ein Geschwader zu entsenden. Der türkische Gesandte erklärte, die Insurgenten würden allein davon Nutzen ziehen. Viele türkische Untertanen er würden das amerikanische Bürgerrecht, um unter dem Schutze Amerikas der Revolution zu entgehen.

Kingstown, 31. August. Chamberlain hat auf die Anfrage der Regierung von Jamaika wegen Bewilligung einer Anleihe zur Linderung der Not auf der Insel eine unbefriedigende Antwort gegeben. Infolgedessen herrscht große Erregung gegen ihn und die englische Regierung, da man glaubt, daß eine Anleihe das einzige Mittel sei, Jamaika aus seiner schwierigen Lage zu befreien und dem früheren Wohlstande wieder zuzuführen.

Quittung.

Für die gemaßregelten Mansfelder:
Durch Gustav Heyn, Maler 7.25 Mark. G. Schmidt.

Fahrplan
der Kleinbahn Wallwitz—Wettin.

Wallwitz	ab	8.35	12.25	4.41	7.00	11.18
Beiderseee	„	8.44	12.34	5.50	7.09	11.26
Raunitz-Gimmritz	„	8.54	12.44	5.00	7.19	11.34
Wettin	an	9.06	12.56	5.12	7.31	11.45
Wettin	ab	6.15	11.15	3.24	6.04	10.30
Raunitz-Gimmritz	„	6.28	11.33	3.39	6.19	10.42
Beiderseee	„	6.36	11.43	3.49	6.29	10.50
Wallwitz	an	6.42	11.49	3.55	6.35	10.57

Die Züge nach 10 Uhr abends fahren nur Sonn- und Festtags.

Vergesse kein Arbeiter, sich in die Kontroll-Liste für die Stadtverordneten-Wahlen einzutragen.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Fette in Halle.

Konsum-Verein Wittenberg
eingetr. G. m. b. H.
Mittwoch den 9. September cr., abends 8 Uhr
General-Versammlung
in der Ruhmeshalle, Jüdenstraße 7.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über das I. Halbjahr 1903. Genehmigung der Bilanz. Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Höhe der Rückvergütung.
3. Anträge: a) Abänderung des § 24: „Der Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern —."
b) Abänderung des § 25: „Wahl zweier Aufsichtsratsmitglieder für die Filiale Klein-Wittenberg."
4. Ausschluß von Mitgliedern § 52e.
5. Bericht über den Unterverbandstag in Königslutter.

Wittenberg, den 28. August 1903.
Der Aufsichtsrat: Zimmer, Vorsitzender.

Walhalla-Theater.
Original-Aga kommt.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
„Fischversand-Haus Neptun"
Grosse Ulrichstrasse 35, Ecke Promenade.
Offeriere frisch zu morgen früh:
Schellfisch Pfd. 25 Pfg., Kabliau und Seelachs ohne Kopf Pfd. 25 Pfg., Rotzunge, Schollen und Seehecht ohne Kopf Pfd. 35 Pfg.
Heute offeriere: Sämtl. geräucherte u. marinierte Fischwaren der Saison.
Kaviar, Oelsardinen, Aal und Hering in Gelee, Neunaugen, Aalbricken etc.
Die feinsten, anerkannt besten Braunschw. Gemüse-Konserven.
Spezialität: **Geräucherter Aal.**
Hermann Henze, früher Steinweg 52
Mitgl. des Rabatt-Sp.-V.
NB. Jeder Käufer erhält so lange Vorrat reicht, ein Fisch-Kochbuch gratis.

Prachtvolle Geschenke
sind meine Porträts, welche ich seit 25 Jahren nach jeder dazu eingesandten Photographie, auch Verstorbener, in anerkannt trefflicher Weise in Kreidemanier oder als **Oelgemälde** herstelle. Brustbilder von 5 Mk. an. Größte Zufriedenheit der Besteller f. Referenzen.
Otto Rosenbaum, Portraitmaler, Halle a. S., Weidenplan-Unterberg Ecke.

Zwei Vereins-Zimmer,
schön gelegen, jedes 40 Personen fassend, empfiehlt
Restaurant „Goldene Kette",
Alter Markt 11.

Wohnungen zu **60 Tlr.** per sofort oder 1. Oktober zu vermieten **Beesenerstraße 11.**

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Hubert.**
Heute Montag den 31. August
Große brillante Vorstellung
und
Abschieds-Benefiz
für
Otto Reutter.
Gr. besonders gewähltes Repertoir.
U. a.:
Der Generalkunstmarschall.
Kostüm-Szene von Otto Reutter.
Dargestellt von 7 Personen.
Generalkunstmarschall O. Reutter.
Leubach, Hauptmann, Sudermann, Krüger, Menzel und Siegfried Wagner als Rekruten.
Letztes Auftreten der steyrischen Duettisten
Georg u. Gusti Edler
und das übrige
Glanz-Programm.

Kräftiger Mittagstisch,
Restaur. Gold. Kette, Alter Markt 11.

Süddeutscher Postillon
Nr. 18.
Preis 10 Pfg.
ist erschienen und zu beziehen durch die Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Sozialdemokr. Sinnsprüche
(sogenannte Hausegen)
in großer Auswahl eingerahmt u. lose
4.25 Mk. 2,00 Mk.
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Kaiser's Kaffee-Geschäft
Grösstes Kaffee-Import-Geschäft Deutschlands
im direkten Verkehr mit den Konsumenten.
Ueber 750 eigene Verkaufsfilialen.
Direkter Import von **Kaffee, Thee, Cacao.**
Eigene Cacao- und Chocolade-Fabrik.
Grosser Zucker-Abschlag.
Verkaufsfiliale: Halle.
Geiststrasse 55, Leipzigerstr. 11, Schmeerstrasse 14, Steinweg 24, Ludwig Wuchererstrase 59.

Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Poller.**
Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.
Das
Riesen-Eröffnungs-Programm.
Die größte und sensationellste Illusion: Winckler-Venturini's Original
??Aga??
vom **Passagetheater** zu **Berlin.**
5 Monate lang das **Tagesgespräch** von Berlin.
The 4 Weeks,
amerikanisches Creolen-Quartett u. **Cake-Walk**-Tänzer, die als erste den **Original**
Cake-Walk
nach Europa brachten und diesen originellsten aller Negertänze.
3 Monate lang
im Apollotheater zu Berlin vor ausverkauften Häusern aufführten.
Mss. Week
als **„schwarze Patti"** genannt:
„Die creolische Nachtigall"
und das übrige Novitätenprogramm.

Fette geräuch. Aale
Bücklinge, Flundern, Sprotten, ger. Schellfische, Seelachs, Lachsforelle,
ff. ger. Lachs ¼ Pfd. 65 Pf. u. 1 M.
Kaviar à Pfd. 7.50 u. 9 M.
Neue Bratheringe, neue marinierte Heringe sehr schöne Salzheringe
à 7, 8 und 10 Pf.
Frische Fische.
Schellfisch, Seelachs, Seehecht, Rotzunge empfiehlt
H. Rick Nachflgr.
Große Ulrichstraße 39. Telephon 2307.

Resonanzbodenmacher, Anschläger, Bezieher
stellen dauernd ein
R. Schemelli & Co., Zeitz,
Pianofabrik.

Mittwoch, 2. Sept.
Beginn der Ziehung der in Spielerkreisen beliebten **Grossen**
Geld-Lotterie
5. Sept.: Prämientag.
Gewinnauszahlung ohne jed. Abzug.
Mögl. Höchstg. 125000 M.
bar

1	Pr. z.	60000 =	60000 M.
1	„ „	40000 =	40000 „
1	Hptr.	25000 =	25000 „
1	„	10000 =	10000 „
2	Gew. z.	5000 =	10000 „
5	„ „	2000 =	10000 „
10	„ „	1000 =	10000 „
50	„ „	200 =	10000 „
100	„ „	100 =	10000 „
400	„ „	50 =	20000 „
1931	„ „	30 =	57930 „

2500 Gewinne und **2** Prämien.
Nur **17 500** Lose!
Kl. Losanteil 3 M. (Liste u. Porto 30 Pf.)
Voll-Los **30** M. versenden gegen Postanweisung oder Nachnahme
Alfred van Perlstein & Cie.
Mainz, grosse Bleiche 3.
Telegramm-Adr.: Glückskollektur.

Eine kleine Wohnung ist 1. Oktober zu beziehen.
Zeitz, Altenburgerstraße 42.

Zeitz.
Nähmaschinen
aller Systeme.
Spezialität:
Ring- u. Schwingschiffchen-Nähmaschinen,
zum Vor- und Rückwärtsnähen für feine Kunststickerei eingerichtet.
Die beste
Langschiffchen-Nähmaschine
kostet **58 Mk.**
Die beste
Ring- oder Schwingschiffchen-Nähmaschine
kostet **70 Mk.**
Für jede Maschine fünf Jahre schriftliche reelle Garantie.
Nähmaschinen-Reparaturen aller Art.
Nähmaschinen-Oel, -Nadeln und alle anderen Zubehörteile gut und billig.
Ewald Manske,
Fachmann,
Rahnestraße 8, part.
NB. Aufstellen der Maschinen u. Nähunterricht gratis. Rechtschaffenen Leuten auch Teilzahlung gern gestattet.

Fr. Fricke, Holz-Pantoffel Fabrik, Dreyhauptstr. 2,
empfiehlt sein Lager in
Holz-Schuhen, Filz-Schuhen, Holz-Pantoffeln, Leder-Pantoffeln, Plüsch-Pantoffeln, Filz-Pantoffeln,
in nur prima Fabrikaten.
Für Wiederverkäufer u. Einzelverkauf
Turnschuhe! Allen Turngenossen empf. meine bewährten Turnschuhe in Segeltuch und Leder mit Gummi- und Lederzehen. (M. d. T.-V. Fichte.)

Jagdhündin, braun, mit weiß. Brust entlaufen. Gegen Belohnung abzug. **Itzan,** Schlepzig.

Grundstück mit 4 Wohnungen preiswert zu verkaufen.
Lettin, Schlepzigerstraße 21.

(Verspätet.)
Nachruf.
Am Mittwoch den 26. d. Mts. verstarb plötzlich unser Kollege
Hermann Linde.
Da er unter seinen Verbandsgenossen, als reges und treues Mitglied bekannt war, wird er denselben unvergeßlich bleiben.
Ehre seinem Andenken.
Der Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Halle-Nord.

Für die überaus reichen Spenden, welche uns beim Begräbnis unserer Tochter zu teil wurden, sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
Weißenfels, den 31. Aug. 1903.
K. Mosert und Frau.

Herzlichen Dank für den reichen Blumenschmuck unseres lieben kleinen Bruno.
Paul Baumgarten und Frau
geb. Landtag.

Allen denen, die den Sarg unseres lieben **Paulchens** so reichlich mit Blumen schmückten, unsern herzlichsten Dank.
Paul Zimmermann und Frau.
Zeitz.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 203 — Halle a. S., Dienstag den 1. September 1903. — 14. Jahrg.

Achter nationalsozialer Parteitag in Göttingen.

Der von etwa 200 Delegierten und Gästen beschickte Vertretertag trat am Sonnabend in den Räumen des Stadtpark zusammen. Abends kurz nach 6 Uhr wurde in die öffentlichen Verhandlungen eingetreten. Der Vorsitzende, Herr Pfarrer Naumann, eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache, in welcher er eingangs bemerkte, daß wohl die Formen des Eintretens für die Rechte und Freiheiten des Volkes sich ändern dürften, daß aber der Gedanke lebendig bleibe.

Nach vorgenommener Bureauwahl und Erstattung des Jahresberichts durch Maurenbrecher referiert

Naumann über den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Die Zukunft unseres Vereins.“ Sein Erscheinen auf der Tribüne wird mit langanhaltendem Beifall und Füßetrampeln, dem originellen akademischen Beifallszeichen, begleitet. Redner geht auf die Entwicklungsgeschichte und Entstehungsursache der nationalsozialen Partei ein vom Erlaß der kaiserlichen Botschaft an. Es sei ein Fehler gewesen, daß man die Sozialdemokratie lediglich unter dem Gesichtswinkel betrachtet habe, daß sie absolut niedergeschlagen werden müßte. Dem Bürgertum mußte man ins Gewissen reden, endlich sozial zu denken, und der unter dem Banner des Internationalismus heranmarschierenden Sozialdemokratie klar machen, daß sie national werden müsse, sofern sie dem deutschen Volke von Nutzen sein wolle. Indes sei die Arbeit der Partei nicht so ausgefallen, wie die schweren Opfer sie wohl wünschenswert gemacht hätten, welche eine erkreulich starke Zahl sozial denkender Männer des Bürgerstandes im Laufe der Jahre gebracht hätten. Es muß gesagt werden, er fühle sich angesichts des Riesen-Erfolges der international denkenden Konkurrenzpartei außerstande, noch fünf Jahre in unzähligen Versammlungen zu verkünden, **daß die nationalsoziale Partei die Sozialdemokratie ablösen könne und werde.** Niemand dürfe ihm diese seine Einsicht verdenken. Es sei klar, die nationalsoziale Partei sei an eine Klippe gekommen, die sie nicht umschiffen könne. Man muß die Form zerbrechen, um den Inhalt zu retten. (Starker Beifall.)

Redner geht ferner auf das Zeugnis-zwangs-Verfahren gegen den Redakteur der Hilfe ein und entbietet demselben unter demonstrativem Beifall den Gruß des Parteitages für seine feste Wahrung der journalistischen Ehre. Der nationalsoziale Verein als geschlossene Korporation darf sich als solcher der Sozialdemokratie nicht anschließen. Es muß einem jeden überlassen bleiben, es mit seinem Gewissen abzumachen, ob er als Einzelperson diesen Schritt machen wolle oder nicht. (Beifall.) Die Idee des Anschlusses an die Freisinnige Vereinigung ist von der ganzen Presse mit großer Lebhaftigkeit besprochen worden. Man dürfte kaum fehlgehen in der Voraussicht, daß dieser Zusammenschluß der Beginn sei zu der Entstehung einer großen, sozial denkenden liberalen Partei. (Beifall.) Gezwungen durch die bestehende Notlage, müsse sich jeder sagen, es sei notwendig, Opfer zu bringen für unsere Arbeiter und daher liebgewordenen Gedanken entsagen. Außer der Sozialdemokratie müsse noch eine bürgerliche Gruppe bleiben, welche die Nation davor bewahrt, der Reaktion anheimzufallen. (Starker Beifall.) Auch bei der lex Heinze habe man gesehen, daß nicht die Sozialdemokratie allein die Reaktion abgewehrt, sondern daß auch bürgerliche Kreise aus der wissenschaftlichen und Künstlerwelt dafür eintraten. Die nächste Periode gehört der Regierung und dem Zentrum, und angesichts dieser Tatsache verschwinden die Unterschiede der sozial denkenden liberalen Kreise. Er beantrage, die zentrale Organisation bis zum 31. Dezember d. J. aufzulösen und den provinzialen und lokalen Vereinen den Anschluß an die freisinnige Vereinigung zu empfehlen.

Als Korreferent bespricht Redakteur Martin Wenck-Marburg die Situation des Vereins von einem andern Gesichtswinkel aus wie sein Vorredner. Sieben Jahre opferwilliger Arbeit machen ihm einen solchen Uebertritt außerordentlich schwer. Redner ist der Ansicht, daß das Wachstum der Sozialdemokratie 1908 aufhören würde und dann würde sich die parteibildende Kraft der nationalsozialen Partei erweisen. Niemals habe man eine reine Arbeiterpartei werden wollen, und der Ausfall der Wahlen sei nicht danach angetan, von einer Niederlage, sondern im Gegenteil von dem ersten schönen Erfolg zu sprechen. (Vereinzelter Beifall.) Die nationalsoziale Partei habe im Streit zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie die richtige Mitte gehalten und dadurch ihre Notwendigkeit erwiesen. Wenn man wirklich konsequent handeln wolle, so müsse man den **Anschluß an die Sozialdemokratie** empfehlen. (Mehrfaches: „Sehr richtig!“)

Herr von Gerlach (mit Beifall begrüßt) verliest danach am Schluß der heutigen Sitzung noch das Telegramm an den wegen Zeugnisverweigerung in der Strafanstalt Moabit befindlichen Redakteur der Hilfe, Herrn Hildebrand, das folgenden Wortlaut hat:

„Der nationalsoziale Vertretertag bedauert lebhaft die Tatsache und den Grund Ihrer Abwesenheit von Göttingen und spricht Ihnen gleichzeitig seinen Dank dafür aus, daß Sie die Wahrung der journalistischen Berufsehre bis zum Opfer der persönlichen Freiheit durchsetzen und damit gegen einen gesetzlichen Zustand protestieren helfen, der von jedem Freunde der Freiheit als ein Restbestand mittelalterlicher Auffassung empfunden werden muß.“

In der Sitzung am Sonntag wird folgender Antrag des Vorstandes gestellt: „Die bisherige Organisation des nationalsozialen Hauptvereins wird aufgehoben und der bisherige Vorstand beauftragt, bis zum 31. Dezember d. J. die Erledigung der laufenden Geschäfte zu besorgen. Die Fortdauer oder der politische Anschluß der Orts- und Landes-Organisationen an die Freisinnige Vereinigung hängt von deren eigener Entschließung ab.“

Herr Pfarrer Erwin Groß-Eich (Bez. Wiesbaden) ist ein Gegner der Naumannschen Auffassung und meint, es hieße sich einer absterbenden Partei anschließen, wenn man sich mit der Freisinnigen Vereinigung fusioniere. Er rügt das Vorgehen Naumanns und meint, man hätte nach der Wahl zunächst die Meinung der Generalversammlung befragen sollen, wie sie selber über die Zukunft des Vereins denke. Jetzt stehe man beinahe vor einer vollzogenen Tatsache.

Herr Geheimrat Professor Dr. Sohm (mit Beifall und Trampeln empfangen) tritt in beredten Worten für die Angliederung an das liberale Bürgertum ein, welches den Fortschritt in allen Zeilen Deutschlands pflege. Zu der Sozialdemokrate könne man nicht übergehen, wie man geraten habe. Das hieße, unser ganzes Denken und Fühlen verleugnen. Die nationale Idee, die uns aus Herz gewachsen, suche man bei der Arbeiterschaft vergebens, die Menge denkt nicht, sie fühlt nur den Druck der herrschenden Klassen — das und nichts anderes beweisen nach seiner Anschauung die letzten Wahlen.

Der Vorsitzende verliest darauf ein Telegramm von Professor Brentano, welcher gleichfalls den Anschluß an die Freisinnige Vereinigung warm empfiehlt.

Darauf erhält der Sekretär des Vereins, Herr Dr. Maurenbrecher, das Wort, welcher zunächst eine längere Erklärung des inhaftierten Redakteurs Hildebrand verliest, welche in der Auffassung gipfelt, daß der weitere Weg folgerichtiger Entwicklung der Partei schließlich in der Sozialdemokratie münde. Redner selbst erklärt, der gleichen Anschauung zu sein. Der Hauptgedanke, welcher die Anhänger und Wähler der nationalsozialen Partei geleitet, sei nicht die soziale Idee gewesen, sondern das Bewußtsein, daß ein politischer Konkurrent der Sozialdemokratie zu sein. Auf mehrfachen Widerspruch aus den Kreisen der Delegierten schildert Redner diese seine Anschauung sehr ausführlich und gründlich. Der innerliche Widerspruch der Partei sei am klarsten zu Tage getreten bei den Stichwahlen, wo man nicht die soziale Idee sondern die Reaktion gefördert habe. Wir sind in der Grundtheorie ebenso antimonarchisch gesinnt, wie die Sozialdemokratie in der Praxis! Es ist eine innere Unklarheit, die zwischen uns existiert, darüber müssen wir uns klar werden. Nur durch die Opposition können Konzessionen erlangt werden und wer die Konsequenz des sozialen Gedankens erfasse, wird zugeben müssen, daß die Zukunft des Vereins zu Ende ist und **man zur Sozialdemokratie gehen müsse!** Wir kommen zur Sozialdemokratie nicht als Gruppe sondern genau so als Einzelpersonen, wie jeder andere Parteigenosse auch! Auch gehe man nicht dorthin, um den Bernsteinschen Flügel zu verstärken, sondern lediglich wegen des Parteiprogramms. In warmen Worten ersucht er, sich nicht von der Arbeiterschaft abdrängen zu lassen — dort ist die Zukunft unserer Kultur! (Beifall.) In dem Augenblick, wo man sich trennen wolle, müsse er konstatieren, daß die Masse der bisherigen Partei antisozialdemokratisch wählen werde. Wer aber aus intellektuellen Gründen an der Hebung des Volkes mitarbeiten wolle, der werde mit ihm den Weg zur Sozialdemokratie finden. (Teilweiser Beifall.)

Herr Dr. Stein-Frankfurt a. M. ist der Ansicht, daß es die historische Aufgabe der nationalsozialen Partei sei, Bismarck und Marx unter einen Hut zu bringen, und diese Aufgabe müssen wir erfüllen. Er könne nicht als nationaler Sozialist in die Sozialdemokratie eintreten. Nachdem der größte Teil unserer Freund: mit Naumann geht, bleibt den andern nichts übrig, als die verlassene Fahne hochzuhalten. (Beifall.)

Herr Reichstagsabg. v. Gerlach glaubt, daß es ihm wohl möglich gemacht worden wäre, ein politisches Majorat an Stelle Naumanns zu gründen, aber dann würde er sich als ein kleiner Mensch erschienen sein. Er unterstütze den Wunsch Damaschkes, zu den Bodenreformern zu gehen. Den Gedanken, eine eigene Partei zu gründen, darf man als gescheitert betrachten. Gegen die Tatsache der drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen hält keine Logik stand. In seinen weiteren Ausführungen greift Redner auf die Gründe zurück, welche Naumann für den Anschluß vorgebracht hat. Er werde sich als Hospitant der Freisinnigen Vereinigung anschließen, Mitglied des Liberalen Wahlvereins werden und dabei seinen bisherigen sozialen Anschauungen treu bleiben.

In der weiteren Diskussion sprachen die Redner teils für, teils gegen die Verschmelzung. Schließlich wird diese mit 111 Stimmen (ca. 150 Delegierte sind anwesend) beschlossen.

Dr. Maurenbrecher erklärt, daß von all denen, die mit ihm zur Sozialdemokratie gehen, keiner daran denke, den Gedanken an Vaterland und Freiheit aufzugeben. Sie verständen aber unter Vaterlandsliebe und Patriotismus gerade das, was auch die Ideen der Sozialdemokratie durchleuchte. Er wünsche seinen scheidenden bisherigen Freunden ein immer tieferes Eindringen in die sozialen Probleme der Gegenwart und ist überzeugt, daß dann die Zukunft das Uebrige schon ergeben werde. Darauf schließt Pfarrer Naumann mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland den letzten national-sozialen Parteitag.

Parteinachrichten.

Parteigenosse Dr. Arons hat auf einer Vortragstour in Rheinland-Westfalen die Chancen eines Zusammengehens zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten für eine Reihe westfälischer Wahlkreise erörtert und in der Versammlung in Solingen die Ansicht vertreten, er halte es für möglich, daß in den fünf Wahlkreisen Solingen-Remscheid-Lennep, Elberfeld-Barmen, Mettmann, Hagen-Schwelm und Altena-Iserlohn, die bisher 7 Nationalliberale, 1 Freikonservativen und 2 Freisinnige in den Landtag schicken, bei einem gemeinsamen Vorgehen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten bei der Abgeordnetenwahl 6 Freisinnige und 4 Sozialdemokraten gewählt würden. Die beiden freisinnigen Mandate in Hagen-Schwelm seien Eugen Richter und seinem Fraktionsgenossen Schmidt in diesem Jahr keineswegs sicher; die sozialdemokratischen Wahlmänner würden das Zünglein an der Wage bilden. Wolle also Eugen Richter wieder in Hagen gewählt werden, so müsse er wohl oder übel sich damit einverstanden erklären, daß mit ihm ein Sozialdemokrat gewählt werde. Je ein Mandat von den zwei Mandaten in Elberfeld-Barmen und Altena-Iserlohn und den drei Mandaten in Solingen-Remscheid-Lennep müßten ferner der Sozialdemokratie zufallen; unter dieser Bedingung würde man den Freisinnigen die übrigen Mandate und das eine Mandat des Kreises Mettmann verschaffen.

— **In die Landtagswahl** treten die Breslauer Parteigenossen mit einem Vortrage ein, den am heutigen Montag Genosse Schippel, einer der drei sozialdemokratischen Kandidaten für Breslau, im dortigen Gewerkschaftshause hält.

— **In Leipzig** beschlossen die Parteigenossen, daß der Parteitag zu Dresden in der Vizepräsidentenfrage die Entscheidung treffen soll. Sie unterbreiten zu dem Zwecke dem Parteitag folgenden Antrag:

„Der Parteitag protestiert gegen die Zulassung irgend welcher Beteiligung von Parteivertretern an monarchischen Huldigungen; er mißbilligt entschieden die seit Jahren wiederholt zu Tage getretenen revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen und bestimmter Richtungen in taktischen und parteigrundsätzlichen Fragen; der Parteitag lehnt es bestimmt ab, den Klassen-

Kleines Feuilleton.

dr. mk. **Die Begutachtung Unfallverletzter.** Die vielfachen Ansechtungen, welche im Reichstag die Begutachtung Unfallverletzter seitens der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte erfahren hat, haben Veranlassung gegeben, daß auch ärztlicherseits der Prüfung der Frage näher getreten wurde, ob das Institut der Vertrauensärzte nicht mit irgend welchen, im Interesse des Erfolges der Arbeiterschutzgesetzgebung zu beseitigenden Mängeln behaftet wäre. Bemerkenswert ist das Urteil, welches Dr. A. Leppmann in Berlin in der von ihm redigierten Aerztlichen Sachverständigenzeitung über dieses Institut fällt. Er hält die Einrichtung der Vertrauensärzte zu einer entsprechenden Durchführung des Unfallversicherungsgesetzes für unentbehrlich, er findet aber in ihrer bisherigen Form schwerwiegende Mängel und hält sie dennoch für reformbedürftig. Leppmann fordert, daß alles vermieden werde, was zur Verstimmung und Spannung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Berufsgenossenschaften und Verletzten führen könne. Die Berufsgenossenschaften sollen daher zuerst den behandelnden Arzt hören, ehe sie sich über den zu erteilenden Bescheid schlüssig machen. Die Vertrauensärzte dürfen niemals nur auf Grund der Akten eine anderweitige Feststellung der Rentenhöhe vornehmen. Sie sollen auch niemals selbst das Heilverfahren leiten, wegen des nun einmal bestehenden Mißtrauens der Versicherten, die im Arzt nur den Angestellten der Berufsgenossenschaften sehen, der nur darauf hinzuarbeiten habe, daß die Rente möglichst niedrig ausfällt. Unter diesem Mißtrauen leidet oft die ganze Kur. Bei der Wahl des behandelnden Arztes wie der zu benützenden Heilanstalten soll den Verletzten möglichst viel Freiheit eingeräumt werden. — Wenn nun auch Dr. Leppmann darin beizupflichten ist, daß die Berufsgenossenschaften schon deswegen bestimmte Vertrauensärzte aufstellen müssen, weil sich nicht alle Aerzte zur Unfallbegutachtung eignen, so wäre es doch sowohl im Interesse der Verletzten wie demjenigen der Aerzte wünschenswert, daß möglichst viele Aerzte sich für diesen Zweig der Sozialpolitik interessierten. Von diesem Gesichtspunkt aus verdient ein von Dr. W. Hanauer-Frankfurt a. M. in der Sozialen Praxis gemachter Vorschlag Beachtung. Er erinnerte nämlich an die umfangreiche Tätigkeit, welche von den Arbeitersekretariaten in Unfallsachen entfaltet wird und schlug vor, dieses reiche Material Aerzten, welche sich dafür interessieren, zugänglich zu machen. Dadurch hätten auch diese Gelegenheit, die Unfallbegutachtung kennen zu lernen, was wieder einem weiteren Kreise der Versicherten zu gute kommen könnte.

Auswandererloos. Von Bord des Postdampfers Pretoria II. Kajüte und vom 22. August d. J. erhält unser Frankfurter Bruderorgan folgende Schilderung eines Auswanderers, der für sich selbst spricht: „Aus allen möglichen Anlässen haben Poeten und Patrioten Lieder und Dichtungen zur Vergötterung der Heimat und Vaterlandsliebe gesunden, Fiebel und Feder gerührt. Nun stehe ich unter dem Eindrucke eines Dramas von erschütterndem Ernste, der unverlöschlich in meiner Erinnerung bleiben wird. Der Abschied an Bord eines Auswandererdampfers. Dicht gedrängt an Deck die Heimatsmüden. Ein gellender Pfiff, das Schiff trat unter den Klängen der Schiffsmusik die Reise an. Da stieg leise zitternd aus der Schar der Passagiere ein Gesang empor. Ein Heimatslied! Wie der elektrische Funke zündet, so brach nun mit elementarer Leidenschaft der verhaltene Schmerz um die verlorene Heimat hervor. In diesem Moment sah ich Männer krampfhaft beben, Weib und Kinder laut weinend an ihrer Seite, dort schwer atmend und bleich, Jungfrauen und Jünglinge, kaum erwacht aus der sorglosen Kindheit, vor das Daseinsringen gestellt, vom Selbsterhaltungstrieb fortgespült von der Scholle, wo Vater und Großvater gelebt. Vergeblich wird man nach einem Dichter suchen, der tiefer aus diesem Quell geschöpft. Warum? Ha! sie müßten dabei ja sagen, daß diese Leute von den sozialen Verhältnissen hinausgeschleudert sind . . . Längst ist nun der letzte Streif Land entschwunden. Glänzend voll Hoffnung jetzt die Augen, die gestern noch in Tränen schwammen; so herrscht trotz den widrigen Zuständen bei den Zwischendeckern gehobene Stimmung und — Gottvertrauen. Der Jude steigt am Deck auf und nieder, seine Psalmen runter leiernd. Bibel und Rosenkranz sind fleißig im Gebrauch. Ein englisches Wörterbuch und, nur 20 Worte daraus gelernt, wäre diesen Armen segensreicher. So beten Katholiken, Lutheraner, Juden zu ihrem Gotte um Beistand, der ihnen in der Heimat nicht geholfen, wo sie die Armut fortgetrieben; in der rücksichtslosen Welt drüben sollt er helfen können. Einige Tage, dann werden die prächtigen Höhen von States-Island auftauchen; näher kommend, wird man die gähnenden Riesenschlunde sehen, — Kanonen, Freiheitsstatue, alles Symbole des Weltfriedens von heute. Düstere Fabrikfäle, die Nacht der Bergwerke werden sie einschließen. Wie dem auch sei; ärmer kann der Arme nicht werden. Nun eine Frage, wer liebt die Heimat? Der reiche Patriot, wenn er sich amüsieren will, geht ins Ausland, der Arme nimmt in bewegter Stimmung von der Heimat Abschied. Und das sollen „vaterlandslose Gesellen“ sein? Mit dieser Frage nahm ich Abschied von Deutschland. Eisig rieselte es durch meine Glieder, keine Träne, doch Groll preßte mir die Zähne zusammen. Ich hege keine übertriebene Hoffnung, trotzig nehme ich den Kampf auf, ich kann und habe nichts zu verlieren. Für mich gibt es drüben keine Heimat, sie ist nur dort, wo ich geboren. Nur Geduld; eine neue bessere Welt wird aufgerichtet, rüstig geht der Bau vorwärts. Die rote Republik, in der das Wort Heimat zur Wahrheit wird! Dann wird das Proletariat seine Auferstehung, sein Osterfest feiern. Dies mein letzter Gruß! Ein „Elender“, nicht wahr — ist hinausgestoßen . . .“

Akademische Flegeleien. Von einem für die „Bildung“ der Bourgeoissöhnchen sehr bezeichnenden Vorgang berichtet die Tübinger Chronik: Man kann unserer Musenstadt gewiß nicht nachsagen, daß sie der Betätigung der „akademischen Freiheit“ ihrer Studenten allzu arge Schranken ziehe. Nächtliches Lärmen, Glockenziehen, Rasseln an den Rolläden, Dinge, wie sie in gewissen Stadtteilen, man möchte sagen zur Tagesordnung geworden sind, hat man sich allmählich gewöhnt, als notwendige Bestandteile des studentischen Treibens anzusehen. Ueber Sachbeschädigungen versteht der Bürger sogar oft als über einen gelungenen „Ulk“ sich hinwegzutrösten, und gelungene und mißlungene Aufzüge aller Art beleben unsere Straßen. Was man aber in letzter Richtung zu sehen bekam, geht denn doch über die Begriffe des Erlaubten hinaus. Zog da am hellen Mittag, gefolgt von der unvermeidlichen Kinderschar, eine Bierkommission durch die Stadt, die auf dem Bock ihres Wagens, gleichsam als Livreediener, angetan mit Kragen, Halsbinde und Zylinderhut ein — menschliches Skelett befestigt hatte. Man weiß ja, daß unsere Medizinstudierenden menschliche Knochen und Schädel zu mancherlei Gebrauchsgegenständen sich zu gestalten pflegen. Dagegen muß es als profaner, grober Unfug bezeichnet werden, der allem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlägt, wenn menschliche Skelette zu Aushänge- und Renommier-Schilder für von Lokal zu Lokal sich durchtrinkende Bierkommissionen verwendet werden . . . .

In patriotischen Lesebüchern kann man lesen, daß des Mordbrenners Melacs Horden selbst die Toten in der Gruft nicht hätten ruhen lassen. Daß sie aber derartige Roheiten begangen hätten, wie Deutschlands „goldene Jugend“ bei ihren Saufereien verübt, davon weiß selbst der patriotische Chronist nichts zu berichten. Allerdings werden es nur die Knochen armer Teufel sein, die hier auf Erden kein Plätzchen hatten, die vielleicht in irgend einem Spital ortsfremd verstorben sind, oder auch freiwillig im Tode Ruhe und Frieden gesucht haben. Deren Gebeine sind dann gut genug dazu, akademischen Flegeln zu derartigen alkoholhaltigen „Scherzen“ zu dienen. Das sind die Burschen, die dann auf die Arbeiterschaft als auf „das gemeine, dienende Volk“ glauben herabschauen zu dürfen.

Die tendenziöse Weltgeschichte. Die Frankfurter Zeitung erhält folgende Zuschrift: Das letzte Verzeichnis der zur Besprechung bei Ihnen eingegangenen Bücher verzeichnet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190309 01-16/fragment/page=0005

kampfscharakter unserer Partei aus Gründen vermeintlicher politischer Vorteile jemals verwischen zu lassen.

In Sachen der Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse erklärt sich der Parteitag mit dem Vorstandsbeschluß vom 3. März d. J. einverstanden."

— **Mit der Maifeier** beschäftigte sich eine stark besuchte Partei-Versammlung in Dresden. Man diskutierte eingehend über die in letzter Zeit an vielen Orten ausgiebig erörterte Frage, ob die Maifeier in der bisherigen Weise begangen werden, oder ob sie eine Einschränkung hinsichtlich der Arbeitsruhe erfahren soll. Wie in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung zum Wort gekommene Genossen, so waren auch die Redner in der Versammlung geteilter Meinung. Schließlich wurde gegen 10 Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Beibehaltung der Maifeier in der bisherigen Form verlangt.

Gewerkschaftliches.

Arbeitersekretär gesucht. Zur Neubesetzung des Sekretariats in Gera wird eine geeignete Persönlichkeit gesucht. Bewerbungen sind mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit schriftlich bei Herrn Otto Pfeifer, Mittelstraße 28, Gera, sofort einzureichen. Reflektanten, die eine ähnliche Tätigkeit noch nicht ausübten, wollen eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben der Arbeitersekretariate mit einreichen.

Straßenbahner. In Hamburg hat die Direktion der Straßenbahn die Wiedereinstellung der gemaßregelten Angestellten und die Erfüllung einiger anderen Wünsche zugestanden, die Lohnforderung aber abgelehnt.

Vergolder, Steindrucker, Buchbinder. Der Streik bei Grosz in Leipzig ist zu gunsten der Arbeiter beendet.

Maurer. Der Maurerstreik in Barmen-Elberfeld ist bürgerlichen Blättern zufolge beendet, nachdem die Unternehmer ab 1. April 1904 einen Stundenlohn von 50 Pf. bewilligten.

Töpfer. Der Dresdener Töpferstreik wurde durch Vermittelung des Oberbürgermeisters Beutler beigelegt, wie die bürgerliche Presse meldet.

Achtung, Holzarbeiter! In der Waggonfabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf, Aktien-Gesellschaft Weimar, haben die Tischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Ein abgewehrter Gewaltstreich. Wie bekannt, wurden in der Porzellanfabrik von Sonntag & Söhne in Tettau (Oberfranken) ca. 400 Porzellanarbeiter ausgesperrt, weil sie sich mit den Malern solidarisch erklärten, denen die Unternehmer eine Lohnverkürzung aufzwingen wollten. Diese Gelegenheit sollte zugleich dazu benutzt werden, die Organisation am Orte zu vernichten, indem betreitert wurde, daß nur diejenigen Arbeiter auf Wiedereinstellung zu rechnen hätten, die aus dem Verbande austreten würden. Das einmütige treue Festhalten der Arbeiter an ihrer Organisation hat nun die Unternehmer zum Nachgeben gezwungen. Sie haben nach fast dreimonatigem Kampfe die Organisation anerkannt und am 26. August ihre Betriebe wieder geöffnet.

Achtung, Holzarbeiter! In der Möbelfabrik von W. Schade in Sagan (Schlesien) sind Lohndifferenzen ausgebrochen.

Achtung, Metallarbeiter. Der Generalstreik bei Lanz in Mannheim ist, wie gemeldet, beendet. Die Zusagen der Firma sind nicht in allen Punkten eingehalten. In der Fabrik Lindenhof sind die alten Schmiede bevorzugt worden, dagegen hat man in der Schwetzingerstraße gerade alte, verheiratete Leute nicht wieder aufgenommen. Von 95 Schmieden, die eingestellt werden sollten, sind erst 80 eingestellt. 10 Verheiratete liegen noch auf der Straße.

Warnung vor Auswanderung nach Australien. Das Internationale Sozialistische Sekretariat zu Brüssel veröffentlicht eine Zuschrift der sozialistischen Partei von Neu-Süd-Wales (Australien), in welchem die europäischen Arbeiter vor Zuzug gewarnt werden. Der Arbeitsmarkt sei überfüllt, Tausende fähiger Arbeiter seien ohne Beschäftigung. Viele Europäer, namentlich deutsche und italienische Arbeiter, durch falsche Informationen zur Auswanderung nach Australien verleitet, könnten dort keine Arbeit finden.

Ausland.

Die Vereinigten Weißblech-Fabrikanten von Süd-Wales, welche vier Fünftel der Betriebe dieses Gebietes beherrschen, haben ihre Arbeiter infolge von Lohnstreitigkeiten auf unbestimmte Zeit ausgesperrt. Die Aussperrung erstreckt sich auf 20000 bis 30000 Arbeiter.

In Sachen des Maurerstreiks in Genf wurde der Präsident der Streikkommission Johann Bischoff zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt wegen Injurien und Drohungen gegen die Vertreter der Behörden, welche er in seinen Reden „Hallunken" betitelte.

Sozialdemokratischer Kreistag

für Halle und den Saalkreis.

Gestern fand im Weißen Roß der sechste Kreistag für Halle und den Saalkreis statt. Vertreten waren der Vorstand durch 5 Mitglieder, die elf Distriktsführer von Halle und Delegierte aus 21 Ortschaften, nämlich aus Döllnitz, Zwintschöna, Lochau, Oppin, Könnern (2 Deleg.), Gottenz, Nietleben (2), Gröbers, Osmünde, Schönnewitz, Bruckdorf (2), Dölau, Lieskau (2), Zscherben, Lettin, Löbejün, Ammendorf, Beesen, Beesenlaublingen, Wörmlitz und Bölberg. Gegen voriges Jahr waren 7 Ortschaften diesmal mehr vertreten.

Nach kurzer Begrüßung durch den Kreisvertrauensmann Genossen Reiwand erstattete derselbe den

Geschäftsbericht. Wir heben aus dem Bericht hervor: Versammlungen haben stattgefunden 69, davon 27 zur Reichstagswahl, 18 Versammlungen wurden durch Verbote oder Abtreibung der Säle zunichte gemacht. Sämtliche Versammlungen erfreuten sich starken Besuchs, namentlich die Protest-Versammlungen gegen die Zertrümmerung der Geschäftsordnung im Reichstage konnten nicht die Zahl der Erschienenen fassen. — Dagegen hätte die Arbeitsruhe zur Maifeier stärkere Beteiligung finden können. Bei der Reichstagswahl konnte die Partei mit dem Ergebnis in den Landorten außerordentlich zufrieden sein, während aus Halle selbst noch bequem tausend Stimmen mehr hätten für die Partei abgegeben werden können. — In Ermangelung von Sälen auf dem Lande wurde die Flugblattverteilung um so energischer betrieben. Insgesamt gelangten im Berichtsjahre 270000 Reichstagsflugblätter, 125000 Zwanglose Blätter und 20000 Volkskalender zur Verbreitung.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Gerig. Er lautete:

Einnahmen:

Kassenbestand am 1. Juli 1902	2110.33	Mk.
Vereinsbeiträge	2774.20	„
Für Kalender	837.64	„
Freiwillige Beiträge	1643.58	„
Auf Listen eingegangen	1963.75	„
Einschreibegeld in Sozd. Verein	58.65	„
Maifeier-Ueberschuß 1902	225.30	„
Zinsen u. rückgezahlte Darlehen	351.43	„
Eintrittsgeld bei Versammlungen	939.20	„
Maifeier-Ueberschuß 1903	399.95	„
Summa	**11303.98**	**Mk.**

Ausgaben:

Drucksachen	2037.15	M.
Fahrgelder bei Flugblattverbreitungen 2c.	1161.05	„
Entschädigungen und Fahrgelder am Wahltag	2085.60	„
Abschrift der Wählerliste	215.00	„
An die Hauptkasse in Berlin*)	490.00	„
Referate und Reisekosten	372.35	„
Desgl.	193.25	„
Entschädigung an Vertrauensmann und Porto	243.00	„
Depeschen, Porto 2c. am Wahltage	117.95	„
Annoncen	889.00	„
An das Agitations-Komitee für Kalender	480.00	„
Parteitag in München	132.00	„
An die Volks-Buchhandlung	278.58	„
Kreisbetrag an das Agitations-Komitee	180.00	„
Kranzspenden	51.00	„
Manko-Entschädigung an den Kassierer	28.60	„
Für Einkassieren der Beiträge	109.60	„
Für Zeitungen	46.33	„
An Durchreisende	18.00	„
Entschädigung für Sitzungen	97.60	„
Unterstützung an S.	30.00	„
Für sozialdemokratische Handbücher	41.50	„
Prozeßkosten	355.55	„
Landtags-Konferenz in Berlin	19.80	„
Diverse	87.19	„
Summa:	**9706.30**	**M.**

*) Die im Juli nach Berlin gesandten 1000 M. sind in dieser Abrechnung nicht enthalten.

Abschluß:

Einnahmen	11 303.98	M.
Ausgaben	9 706.30	„

Kassenbestand: 1597.68 M.

Auf Reichstags-Wahlkosten entfallen davon:

Flugblattverbreitung	806.58	M.
Referate und Reisekosten	320.75	„
Porto, Depeschen, Botenlöhne	111.60	„
Für Drucksachen	1287.25	„
Abschrift der Wählerliste	215.00	„
Plakate	12.75	„
Besetzung der ländlichen Wahllokale	1443.20	„
Besetzung der städtischen Wahllokale	447.40	„
Entschädigung an 19 Radfahrer	95.00	„
An die Volks-Buchhandlung	127.16	„
Für Annoncen	871.80	„
Summa:	**5238.29**	**M.**

Die Delegierten der vertretenen 21 Landorte erstatteten hierauf Bericht. Mehrere dieser Berichte waren mustergültig. Sie erstreckten sich u. a. auf Angaben über die Gesamtzahl der im Orte wohnenden Arbeiter, über die Zahl der davon gewerkschaftlich und politisch Organisierten, unter Verteilung auf die verschiedenen Berufe, auf die Zahl der Volksblatt-Abonnenten und deren Zunahme. Wiederholt wurde Beschwerde geführt über behördliches Eingreifen, namentlich über die Einschüchterung der Wirte, welche den Sozialdemokraten den Saal zur Verfügung stellen wollten.

Viel zu tun ist noch in Gewinnung von Mitgliedern für die politische Organisation. — In Ammendorf erklärte ein Arbeiter, er wolle noch 50 Mark geben für Petroleum, damit alle Sozialdemokraten verbrannt werden könnten. — In Löbejün hat der neue Wirt das bisherigen Arbeiterlokals den Bürgermeister um Aufhebung des Militärverbots ersucht, und mit den Arbeitern gebrochen, so daß diese ihn jetzt meiden. Er sieht bereits jetzt seinen Fehler ein. — In Bölberg wagen Mühlenarbeiter nicht auf das Volksblatt zu abonnieren, weil sie Entlassung aus der Bölberger Mühle befürchten, wenn sie ihr Frühstück ins Volksblatt wickeln.

In der Diskussion über die Berichte wurde übereinstimmend betont, daß den ländlichen Arbeitern die Furcht vor ihren „Brotherren" genommen werden müsse und daß sie zu der Erkenntnis zu bringen seien, es sei doch schon hart genug, daß sie ihr Lebtag von anderen Menschen wirtschaftlich abhängig seien, sie sollten sich nicht auch noch politisch in Sklaverei begeben. Die Furcht, welche bei vielen Landarbeitern heute noch zu finden ist, sei vor Jahrzehnten auch in den Städten verbreitet gewesen. Wie sie hier überwunden worden ist, so werde sie auch auf dem Lande überwunden werden.

Ueber die Frage, ob der **Kreistag in der bisherigen Form beibehalten** werden solle, referierte Gen. Gerig. Er empfahl, etwas Besseres an Stelle der Kreistage zu setzen, nachdem die politische Organisation in einem erheblichen Teile der Landorte Fuß gefaßt habe. An Stelle des jährlichen Kreistages sollten vierteljährliche Konferenzen der ländlichen Obmänner in Halle stattfinden. Hierzu lag der Antrag des Gen. Stemmann vor:

Der Vorstand ist verpflichtet, vierteljährlich eine Konferenz mit sämtlichen amtierenden Genossen des Vereins abzuhalten. Der Vorort des Vereins stellt für jeden Distrikt einen Vertreter.

Nachdem Genosse Ab. Thiele die Annahme des Antrages empfohlen und die Aussetzung eines endgültigen Beschlusses über Beibehaltung oder Fortfall des Kreistags befürwortet hatte, damit die ländlichen Obmänner erst Gelegenheit hätten, zu erproben, ob die vorgeschlagene Neueinrichtung ihren Wünschen entspreche, wurde einstimmig in diesem Sinne entschieden. Hierauf Mittagspause.

(Schluß folgt.)

Halle und Umgebung.

31. August.

Ueber Nichtberücksichtigung hiesiger Arbeiter

bei den Arbeiten zum Kaiserbesuch gehen uns Klagen zu. So haben sich auf dem Telegraphenamt in der Königstraße, das die Dekoration für die Hauptpost zu besorgen hat, in den letzten 14 Tagen wiederholt hiesige Arbeiter gemeldet. Als man nun wirklich Arbeitskräfte benötigte, hat der Verwalter, Herr Vogt, einfach nach der Herberge in der Mauerstraße geschickt und sich von dort 4 Arbeiter holen lassen. Von denen, die sich bei ihm gemeldet haben, waren einige schon früher

---

Band XII. der 4. Auflage von Beckers Weltgeschichte. Zufällig nahm ich den gleichen Band der dritten Auflage in die Hand und fand darin folgende Darstellung der Attentate von Hödel und Nobiling:

„Die Reichsregierung, immer auf der Wacht, wo dem Vaterlande eine Gefahr droht, legte dem Reichstage von 1875 bis 1876 eine Strafnovelle vor, welche einen speziell gegen die Sozialdemokratie gerichteten Paragraphen enthielt. Aber der Reichstag, welcher die sozialistische Bewegung durch das Mittel der Belehrung regeln und zügeln zu können glaubte, lehnte 1876 den Paragraphen ab, dadurch wurde die Regierung an Ergreifung kräftiger Maßregeln gehindert, und die Sozialdemokratie wuchs in wilder Leppigkeit empor. Es geschah das Unerwartete. — . . . Da feuerte der Klempnergeselle Hödel aus Leipzig zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Der Kaiser blieb unverletzt. Der Attentäter war ein verkommenes Subjekt, welches in sozialdemokratischen Versammlungen und Schriften das Gift des Klassenhasses und der Banditenrevolution eingesaugt hatte. . . . Wenige Tage darauf zeigte die Sozialdemokratie, daß sie für „Belehrung" durchaus unzugänglich, aber zu jeder Schandtat entschlossen sei. . . . Der Attentäter war Dr. Karl Nobiling aus Kollno in der Provinz Posen. Er hatte Landwirtschaft studiert, sozialdemokratische Versammlungen besucht, mit der Londoner Internationale Verbindungen angeknüpft und durch seine Tat einen allgemeinen Umsturz beabsichtigt."

Von einem Werk, das in dieser Weise mit Tatsachen umspringt, die unter unseren Augen geschehen sind und u. a. den christlich-sozialen Höbel trotz wiederholter anderweitiger Feststellungen zum Sozialdemokraten stempelt, darf man in Bezug auf Vorgänge, die uns weniger geläufig sind, gewiß nicht erwarten, daß es zuverlässig ist. Sollte also die vierte Auflage nicht gründlich von derartigen offenkundigen Unwahrheiten gesäubert sein, so müßte vor der Anschaffung eines derartigen „Geschichts"-Werkes gewarnt werden. — Ein Leser.

Beckers Weltgeschichte findet man namentlich in den Kreisen des sogenannten gebildeten Mittelstandes viel verbreitet. Auf den höheren Schulen wird sie zur Anschaffung empfohlen. Wahrheit geübigte Leute haben sie längst in ihrem wirklichen „Werte" erkannt. Da von dem Werke z. Z. eine Neuauflage herausgegeben wird, dürfte der Hinweis auf seinen Charakter zeitgemäß sein.

Fieken im Theater. In einem Aufsatze der Frankfurter Zeitung, in dem allerhand Erfahrungen über das Verhältnis der Dienstboten zum Theater berichtet sind, wird folgendes Erlebnis erzählt: In einer Hamburger Kaufmannsfamilie diente erst kurze Zeit ein braves Mädchen aus Mecklenburg, mit dem die Herrschaft vollkommen zufrieden war und welches deshalb mannigfache Beweise der Güte der Herrschaft erhielt. Eines Tages schenkte denn auch die Hausfrau dem Mädchen, das frisch vom Lande nach Hamburg gekommen war, ein Theaterbillett. Geputzt und freudestrahlend verließ das glückliche Fieken das Haus, kehrte aber nach Verlauf einer guten halben Stunde wieder zurück. Allgemeines Erstaunen.

„Nun, Fieken, schon wieder da?" sagt die Hausfrau.

„O Madame" sagt noch ganz aufgeregt von den ihr zu teil gewordenen Genüssen das Mädchen, „o Madame, et war wunnerschön."

„So, es hat Dir also gefallen, aber warum denn —"

„O Madame, de velen feinen Lür un de Musik. Un dann das grote, schöne Bild! So wat hemw' ick all min Dag nich seihn!"

„Ja, aber wenn es Dir so gut gefallen, warum bist Du nicht länger dageblieben, Fieken?"

„Je Madam, as wi dor ny setten un Musik hörten, würd dat grote Bild tau Höcht treckt un dorachter stunner twei un fyngen an tau snacken un sick wat tau vertellen. Dor hemw' ick mi dacht: Dat geistt di ja nu wedder nicks an — un bünn na Hus gangen."

Ueber den Zusammenstoß eines Eisenbahnzuges mit einem Elefanten wird in einer längeren Schilderung der Deutschen Verkehrs-Zeitung über den Telegraphenbau in Perak (Malacca) geschrieben: Kürzlich gab es in der Nachbarschaft des kleinen Bahnhofs Chitus, im Unteren Perak, eine große Aufregung. Ein Güterzug hatte um ½7 Uhr des Morgens Telok Anson verlassen und befand sich bereits etwa ½ Kilometer von Chitus, als plötzlich ein Elefant in Sicht kam, der gemächlich die Schienen entlang gerade vor dem Zuge dahertrabte. Da das Tier keine Anstalten machte, das Geleise zu verlassen, so mußte der Lokomotivführer notgedrungen den Zug zum Stehen bringen. Er ließ nun seine Pfeife möglichst stark ertönen, um den Elefanten fortzuscheuchen; der Erfolg war aber der, daß das Tier sich umwandte und auf den Zug losging, gleichsam um mit ihm um den Weg zu kämpfen. Der Zug wurde nun etwas zurückgezogen und fuhr dann in voller Fahrt auf den Elefanten zu. Durch den Anprall wurde das Tier vom Bahndamm hinabgestoßen; unten blieb es mit eingedrücktem Schädel und zersplitterten Fangzähnen halbtot liegen. Eine Kugel aus der Büchse eines Sikh, der in dem dem Güterzuge angehängten Personenwagen reiste, machte dem Leben des Elefanten ein Ende.

Unter den mannigfachen Schwierigkeiten, mit denen der Telegraphenbau auf der Halbinsel Malacca zu kämpfen hat, sind Störungen, die herumstreichende Elefanten an den Telegraphenleitungen anrichten, sehr häufig. Es gehört zu den Liebhabereien dieser sonst so nützlichen Tiere, des Nachts plötzlich an den Eisenbahn- und Telegraphenlinien zu erscheinen und sich damit zu vergnügen, die Telegraphenstangen auszureißen und die Geleise der Eisenbahn zu zerstören.

Der Liedercomponist Franz Abt war ein außergewöhnlich starker Esser. Aus seiner Kapellmeisterzeit in Braunschweig rühren folgende Anekdoten, die Gottfulf Weisstein in Berlin jetzt in der Züricher Post veröffentlichte. Weisstein war dort im Jahre 1880 beim Schriftstellertage während des Festmahls Abts Tischnachbar. Als Gänsebraten aufgetragen wurde, wurde der vorher sehr gesprächige Abt kleinlaut und sagte zu Weisstein:

„Wissen Sie, mein Lieber, die Gans ist doch ein recht dummer Vogel, nicht?"

Weisstein schwieg einen Augenblick und wollte schon an die alte Geschichte vom geretteten Kapitol erinnern, als Abt schnell fortfuhr:

„Für einen ist sie nämlich zu viel, und für zwei ist sie zu wenig . . .!"

Ein andermal wurde Abt auf der Straße von einem Bekannten angerufen: „Wo kommen Sie denn so zufrieden her, Herr Hofkapellmeister; Sie sehen ja so vergnügt und zufrieden aus?"

Darauf fragte der andere: „Was haben Sie denn Schönes gegessen?"

„Eine Pute . . ."

„Wie viel waren Sie denn zu Tisch?"

„Wir waren zwei."

„Wer denn?" fragte der andere weiter.

„Na, die Pute und ich," sagte Abt.

Literatur.

Neue Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) 48. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Ein Schmerzensschrei. — Wir am Aufbau. Von Helma Steinbach (Hamburg). — Das Programm des Zentrums. Von August Erdmann. — Ueber Radium und die radioaktiven Körper. Von Dr. Otto Liebknecht. — Ein Buch Vorgeschichte des modernen Industriearbeiters in Deutschland. Von Franz Diederich-Dresden. (Schluß.) — Litterarische Rundschau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0006

beim Telegraphenamt beschäftigt und haben sich als brauchbar erwiesen. Es kann also die Nichtberücksichtigung nicht damit entschuldigt werden, daß Herr Vogt die aus der Herberge Geholten für brauchbar gehalten habe.

Ueberhaupt bekümmert man sich bei den Arbeiten, die anläßlich des Kaiserbesuchs ausgeführt werden, recht wenig um die Forderungen der Arbeiter. Man wirft auf der einen Seite Tausende von Mark hin, um Wilhelm II. „würdig“ zu empfangen, und auf der anderen Seite knausert man mit den Arbeiterlöhnen, daß es eine Schande ist. Am vorigen Sonnabend haben die hiesigen Zimmerer gleichfalls gegen die Lohndrückerei protestiert, die bei den Bauten zum Kaiserempfang geübt wird. Verweigern die Arbeiter die verlangten Ueberstunden unter Hinweis auf viele arbeitslos umherlaufende Kollegen, dann droht man ihnen mit sofortiger Entlassung. Am Bahnhof hat man gestern, so weit wir beobachten konnten, flott Sonntagsarbeit verrichtet, und man wird auch an verschiedenen anderen Stellen dieses gute Beispiel nachgeahmt haben. — Und angesichts solcher Vorkommnisse, auf die die Arbeiterschaft großes Gewicht legt, wundert man sich, wenn diese über die Aufwendungen für einen wenige Stunden dauernden Kaiserbesuch ganz andere Auffassung an den Tag legt, wie die Geschäftspatrioten, die auch hier wieder Geschäft und Politik glücklich mit einander vermengen.

Unser Bertchen,

das nach entsprechender Aufklärung durch seine Eltern sich an der Spalierbildung beim Kaiserbesuch nicht beteiligt, hat es der Hall. Ztg. angetan. Sie bedauert das arme Bertchen und alle seine Leidensgefährtinnen herzlich wegen der mißratenen Väter, in deren Sinn die giftigen Ausführungen des Volksblattes gehalten seien. Dann appelliert sie an die Mütter und hofft, daß wenigstens einige Kinder vernünftige Mütter haben, die den verführten Vätern ordentlich in die Parade fahren und ihnen folgendes sagen:

Das Geld für die Ausschmückung der Straßen wird nicht weggeworfen. Seht Ihr denn nicht, daß unzählige Arbeiter dadurch Verdienst haben? Natürlich, wer in sozialdemokratischen Versammlungen herumläuft und fortwährend streikt, der kriegt nichts. Wer aber ordentlich ist, der kann gerade beim Kaiserbesuch etwas erübrigen. Deshalb sollte sich jeder freuen, daß der Kaiser kommt. Und dann habe ich auch von mehreren Bekannten gehört, daß nicht bloß auf der Straße für den Kaiser gearbeitet wird. Die Schneiderinnen, die Putzmacherinnen, die Buchbinder, die Gärtner und alle, alle haben viel zu tun und verdienen viel Geld. Wieso wird denn da das Geld weggeworfen? Wenn doch der Kaiser alle Jahre einmal nach Halle käme! Macht Ihr Männer was Ihr wollt, wir gehen hin und freuen uns mit den anderen.

Das kann ja nett werden, wenn diese „vernünftigen“ Mütter den verführten Männern in die Parade fahren und am 6. September es sich nicht nehmen lassen, mit den Freunden der Hall. Zeitung zusammen Spalier zu bilden. Wir fürchten nur, daß die Zahl der „vernünftigen“ Mütter eine so kleine sein wird, daß sie bequem in einer Taxameter-Droschke zum Kaiserempfang fahren können.

Einen dreisten Dementierungsversuch

versucht der Gen.-Anz. Zu unserer Notiz Sie sind da bemerkt das Blatt: „Das ist vollständig unwahr. Wir können konstatieren, daß sich auch nicht ein auswärtiger Polizeibeamter dienstlich in Halle aufhält und namentlich die Behauptung, die hiesigen Anarchisten würden von Beamten der Berliner politischen Polizei überwacht, ganz aus der Luft gegriffen ist.“ — Was bildet sich denn der Gen.-Anz. ein. Glaubt er etwa, er brauche nur zu „konstatieren“, eine Sache sei so oder so, dann glaube ihm die Welt? Der Gen.-Anz. hat mehr als einmal schon mit kecker Stirn etwas bestritten, was wir berichtet hatten, und doch erwies sich schließlich unsere Information als richtig. Amüsant ist es, welche überlegen sein sollende Bedientenmiene bei solchen Gelegenheiten der Gen.-Anz. aufzustecken beliebt. Er tut gerade so, als ob er Herr in seinen Spalten wäre.

Wie das Organ für politisches und kommunales Lakaientum dementiert, sah man vor etwa Jahresfrist, als wir die Polizeiaffäre an der Kröllwitzer Brücke veröffentlichten. Da „konstatierte“ der Gen.-Anz. gleichfalls das Blaue vom Himmel herunter und erdreistete sich, uns Lügen zu zeihen, während dann in der Gerichtsverhandlung die Zuverlässigkeit des uns zugegangenen Berichts festgestellt wurde. Ob die auswärtigen Beamten als „dienstlich“ hier aufhältlich betrachtet werden, geht uns nichts an. Sie sind da, und dabei bleibt es. Und daß die wirklichen wie auch die vermeintlichen Anarchisten von Kriminalpolizisten überwacht werden, ist gleichfalls Tatsache. Wenn dem Gen.-Anz. daran gelegen ist, zu erfahren, was zu „konstatieren“ ist, mag er beispielsweise auf dem Rathause nachfragen, welche Spezialaufgabe zur Zeit dem Kriminalpolizisten Nolte übertragen worden ist.

Wenn der Gen.-Anz. einen publizistischen Kredit zu verlieren hätte, würden wir ihm empfehlen, nicht mit solcher Leichtfertigkeit auf Zerstörung dieses Kredits bedacht zu sein.

Die Kaiserinsel der Halleschen Sozialdemokraten

hat der Sonntagsplauderer des Ablegers der Saale-Ztg., der Central-Anzeiger, entdeckt. Sie liegt an der Saale und wird — Rabeninsel genannt. Die Redakteure des Volksblattes hätten sie angekauft und errichteten darauf eine Villa ähnlich jener, wie sie Bebel am Züricher See besitze. Die Sache stimmt, aber der Sonntagsplauderer weiß doch noch nicht alles. Um nämlich der Insel ihren vollen Charakter als Rabeninsel zu wahren, werden auf die Kuppel der Villa der Volksblattredakteure die krächzenden Raben der — Saale-Zeitung und des Central-Anzeigers gestellt.

---

* **Achtung, Klempner!** In der Werkstatt des Klempnermeister Berner hier, Brauhausstraße, sind Lohndifferenzen ausgebrochen, näherer Bericht folgt. H.

* **Abschieds-Benefiz für Otto Reutter.** Die heutige Abschiedsvorstellung des gegenwärtigen Programmes im Walhalla-Theater verspricht als Benefiz für Herrn Otto Reutter eine besonders glänzende und genußreiche zu werden. Der geehrte, allgemein beliebte Künstler, dessen drastische Komik in den fein durchdachten Kouplets geradezu faszinierend wirkt, wird an seinem Abschiedsabende das de witzigen Pointen mit anhaltendem Atem lauschende Publikum mit dem Besten seiner heiteren Kunst aufwarten.

Gleichzeitig mit Otto Reutter verabschieden sich die trefflichen steierischen Duettisten Georg und Gusti Edler; während ihres einmonatlichen Auftretens haben sie sich die Sympathien des Halleschen Publikums im vollsten Maße erworben.

Der morgen beginnende neue Spielabschnitt ist mit größter Sorgfalt zusammengestellt und bringt neben mehreren Attraktionen eine stattliche Reihe nur erstklassiger Varietee-Nummern. Das Hauptinteresse unter den ersteren wird zweifellos die Original-Illusion „Aga“ vom Passage-Theater in Berlin in Anspruch nehmen. „Aga“, die schwebende Jungfrau, ist seit Monaten Attraktion des genannten Varietees; neben „Aga“ ist u. a. das Elite-Ballett-Ensemble „Excelsior, bestehend aus acht jungen Damen und The Teims mit ihrem sensationellen Luftakt gewonnen worden.

Aus den Nachbarkreisen.

Aus Zeitz geht uns folgende Erklärung zu:

Erklärung!

Das Weißenfelser Tageblatt bringt in seiner Nr. 202 einen Bericht über eine **nationalliberale Versammlung** in Weißenfels. Wenn die Versammlung in dem Bericht richtig wiedergegeben ist, hat in ihr ein Vertreter der freisinnigen Partei u. a. gesagt: „Ein angebotenes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten haben die Freisinnigen rundweg abgewiesen.“

Aus dieser Aeußerung ist zu entnehmen, daß die Sozialdemokratie des hiesigen Kreises den Freisinnigen das Zusammengehen zur Landtagswahl angeboten hat.

Vorausgesetzt, daß der Bericht des Kreisblattes richtig ist, haben wir darauf zu erklären, daß die Behauptung des freisinnigen Vertreters (der Name ist nicht genannt) **einfach erfunden ist,** um kein passenderes Wort zu gebrauchen. **Die Sozialdemokratie** des hiesigen Kreises **hat niemals daran gedacht,** mit den Freisinnigen zusammen zu gehen, und das um so weniger, als ja eine freisinnige Partei im hiesigen Kreise überhaupt nicht mehr existiert, oder sich doch nur aus so wenigen Leuten zusammengesetzt, daß von einer „Partei“ nicht mehr gesprochen werden kann. Die Freisinnigen konnten also ein Zusammengehen, **das ihnen niemals angetragen war,** auch nicht rundweg zurückweisen. Der freisinnige Herr hat mit seiner Behauptung in jener Versammlung nur renommieren wollen, er wird den Beweis dafür schuldig bleiben.

Zeitz, den 28. August 1903.

Der Zentralvorstand des Sozialdem. Vereins
J. A.: A. Leopoldt, 1. Vorsitzender.

△ **Zeitz.** Magnetismus, Spiritismus und Darwinsche Entwickelungslehre. Das Gewerkschaftskartell hatte eingedenk der Pflicht, daß es auch seine Aufgabe sei, bildend für die Arbeiterschaft zu wirken, nach dem Preußischen Hofe eine Versammlung einberufen, in der Herr Beißwanger aus Nürnberg über die obigen drei Dinge einen Vortrag halten sollte. Leider war die Versammlung nur von etwas über 200 Personen besucht, trotzdem nur ein Entree von 10 Pf. genommen wurde. Der Vortragende selbst entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Er schilderte den Magnetismus, der in der heutigen Welt viele Menschen beherrsche und es ermögliche, daß Suggestionen und Hypnose vorkommen können. Er schilderte ferner die Art des sehr verbreiteten Spiritismus, dem sich sehr viele Menschen ergeben hätten, trotzdem diese Sache nur plumper Schwindel sei. Eingehend erläuterte Herr Beißwanger die verschiedenen Arten dieses Hokuspokus und machte auch einzelne Experimente, um den Schwindel noch klarer zu zeigen. Die Zuhörer verfolgten aufmerksam das im Vortrage Gebotene und spendeten reichen Beifall.

Im zweiten Teile des Abends gab dann Herr Beißwanger einen kurzen aber erklärenden Ueberblick über die Darwinsche Entwickelungslehre, die er namentlich an zahlreichen Präparaten und Abbildungen noch anschaulicher machte. Auch hier waren die Zuhörer, die nicht nur aus Arbeitern bestanden, sehr zufrieden und bewiesen das durch ihre Zustimmung.

Jener Abend hat wieder einmal bewiesen, daß die Bildungsbestrebungen im Arbeiterstande vorhanden sind, leider aber nicht in dem Maße, wie es wünschenswert ist. Der große Saal des Preußischen Hof hätte an diesem Abend zu klein sein müssen. Es muß dem Arbeiter vor allen Dingen daran liegen, sein Wissen zu bereichern; er muß sich um alles kümmern, was ihm geboten wird, und lieber allen öden, geisttötenden Kram beiseite lassen, wenn es sich um derartige Dinge handelt. Die Schule gibt dem Arbeiter heute leider nicht das mit, was er im späteren Leben notwendig gebraucht, und außerdem ist man als Kind noch nicht so befähigt, alles in der Schule Dargebotene genügend erfassen zu können. Da soll man sich darüber freuen, wenn man im späteren Leben Gelegenheit findet, sich weiter auszubilden und Dinge lernt, die dem Arbeiter heute im allgemeinen verschlossen sind. Gesprochen wird viel über solche Sachen, für die aber gewöhnlich das richtige Verständnis fehlt. Das kann aber ergänzt werden, wenn man nur immer das von der Arbeiterschaft selbst Dargebotene richtig wahrnimmt.

Hoffen wir also, daß unsere Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesen Ermahnungen die Lehre ziehen, für später aufmerksamer zu sein gegenüber den Veranstaltungen, die nur in ihrem eigenen Interesse getroffen werden.

△ **Zeitz.** Der nächste Markttag wird nicht Mittwoch sondern schon am Dienstag abgehalten werden, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen. Am Mittwoch findet man es wieder einmal für nötig, Sedan zu feiern.

— Krieg im Frieden. Ein Stabstrompeter stürzte am Freitag bei dem Manöver mit seinem Pferde und zog sich innere Verletzungen zu. Er wurde per Krankenwagen nach Weißenfels ins Lazarett gebracht.

Ferner fuhren zwei Geschütze zusammen, so daß die Pferde Verletzungen erhielten. Ein Pferd mußte sofort getötet werden.

△ **Weißenfels.** Zu spät! Das Kreisblatt schreibt:

„Laßt euch naturalisieren. Im Herbste sind die preußischen Landtagswahlen. Wer sich an der Landtagswahl beteiligen will, muß die preußische Staatszugehörigkeit besitzen. Wer Reichsdeutscher, aber nicht Preuße ist, beeile sich, sie zu erwerben. Er kann Preuße werden, ohne eine andere Staatszugehörigkeit zu verlieren. Das Verfahren ist kostenfrei. Niemand versäume, die Staatszugehörigkeit und damit das Wahlrecht zu den staatlichen und kommunalen Vertretungen zu erwerben.“

Der Ruf „Laßt euch naturalisieren“ ist schon recht, wir schließen uns ihm auch an. Aber das sollte doch das Kreisblatt auch schon wissen, daß es mit dem Naturalisieren für diese Landtagswahl zu spät ist. Wer nicht in der Wählerliste steht, kann nicht wählen, und in die Wählerliste kann für diesmal nicht mehr eingetragen werden, wer sich jetzt noch naturalisieren läßt. Dessenungeachtet sagen aber auch wir: „Laßt euch naturalisieren“, es ist dann für später gut.

— Eine nationalliberale Versammlung hat hier stattgefunden, in der wieder einmal Stellung zur bevorstehenden Landtagswahl genommen wurde. Der ganze Kuddelmuddel der Gegnerparteien trat in dieser Versammlung zu Tage. Da hat nach dem Kreisblatt der Herr Just aus Naumburg ausgeführt, daß:

„wie die Verhältnisse im Kreise liegen, die nationalliberale Partei vor drei Fragen stehe: entweder das frühere Kartell mit den Konservativen zu erneuern und durch Unterstützung des konservativen Kandidaten Landrat a. D. Winkler mit Hilfe der Konservativen den nationalliberalen Kandidaten Dippe bestimmt durchzubringen, oder durch Fusion mit den Freisinnigen eine große liberale Partei zu schaffen und neben Herrn Dippe einen freisinnigen Kandidaten zu unterstützen, oder aber, als Gradmesser für die Stärke der Partei, allein vorzugehen und zwei nationalliberale Kandidaten aufzustellen. Dem ersteren widerspräche der Umstand, daß ein Bündnis mit den Konservativen auch ein solches mit dem Zentrum und dem Bunde der Landwirte wäre, welche samt den Konservativen in Fragen des Mittelstandes, der Schul- und Kirchengesetzgebung Gegner der Nationalliberalen sind. Dafür spräche, daß der rechte Flügel der Nationalliberalen die Wahl Winkler-Dippe für ziemlich sicher hält. Für den zweiten Fall spricht die Uebereinstimmung zwischen Nationalliberalen und Freisinn in fast allen wichtigen Fragen, mit Ausnahme der polnischen, ferner der Umstand, daß ein großer Teil der Vertrauensmänner sich für die Wiedererrichtung einer großen liberalen Partei, die auch für die Reichstagswahlen Vorteile mit sich bringe, erklärt hat. In diesem Falle erscheint aber die Wahl Dippes nicht so gesichert wie in jenem. Der dritte Fall wäre eine Kraftprobe aufs ungewisse, deren Resultat nicht vorhergesehen werden kann, wenn auch die Umstände dafür günstig zu liegen scheinen. Ein positives Stimmenverhältnis der Partei liegt nicht vor, die Wahl zwischen den ersten beiden Fragen läßt aber eine Stimmenzersplitterung befürchten.“

Der Vertreter der Konservativen erklärte hierauf, daß seine Partei das Kartell mit den Nationalliberalen aufrecht erhalte und demgemäß für die bisherigen Abgeordneten Winkler und Dippe eintrete. Darauf nahm ein Freisinniger das Wort. Es ist leider nicht gesagt, wie der Herr hieß. Er erklärte, daß seine Partei, wenn die Fusion mit den Nationalliberalen nicht zu stande käme, die Wahl Dippes nicht unterstütze, sondern zwei eigene Kandidaten aufstellen werde. Ein angebotenes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten haben die Freisinnigen rundweg zurückgewiesen. Die Schwenkung der Nationalliberalen nach links würde begünstigt, wenn die Freisinnigen einen gemäßigten Kandidaten aufstellten.

Da eine Einigung nicht erzielt wurde, mußte die Versammlung resultatlos auseinandergehen.

Man sieht also, der reine Kuddelmuddel. Einer traut dem anderen nicht über den Weg, kann aber allein auch nichts anfangen. Die Hoffnung des Herrn Just auf die große liberale Partei ist doch nur Hirngespinst, er sieht das auch selbst ein, denn er weiß, daß in den meisten ländlichen Distrikten heute der Agrarier noch Trumpf ist. Nett ist aber seine Ansicht, daß er sich aus der „großen liberalen Partei“ noch Vorteile für die Reichstagswahlen verspricht. Wenn Herr Just darüber aus der letzten Reichstagswahl noch nicht die Lehre gezogen hat, daß für die Liberalen insgesamt — denn der „Freisinn“ war ja mit im Bunde — nichts zu holen ist, na — da ist ihm nicht zu helfen. Er tut besser, mit den Konservativen zu halten, so lange es noch geht, etwas anderes gibt's hier ja doch nicht.

Geradezu urkomisch ist aber das Auftreten des „Freisinnigen“, denn von Freisinnigen kann man ja nicht reden. Sie wollen zwei (hört! hört!) eigene Kandidaten aufstellen, wenn Herr Just seine Mannen nicht zu einer Fusion zwingt. Ja da muß man wirklich lachen. Kann man denn Kandidaten ernstlich aufstellen, wenn man bei den Urwahlen keine Wahlmänner hat? Und daß freisinnige Wahlmänner bei den Urwahlen durchkommen, das wagen wir nach Lage der Sache doch sehr zu bezweifeln. Eine Partei, die nicht mehr da ist, soll solche Mätzchen unterlassen. Wie ernst aber die Tiraden des „Vertreters der Freisinnigen“ zu nehmen sind, das beweisen seine Ausführungen, daß die Sozialdemokraten den Freisinnigen **angeboten** hätten, mit den Freisinnigen bei der Wahl zusammenzugehen. Das war eine blanke **Unwahrheit.** Die Sozialdemokratie denkt gar nicht an ein solches Zusammengehen, denn das wäre der tollste Unsinn. Und wenn in der nationalliberalen Versammlung nur ein einziger gewesen wäre, der sich ein bißchen um die Vorgänge im politischen Leben kümmerte, der hätte dem „Freisinnigen“ sofort klar machen können, daß er geflunkert hatte. Die Sozialdemokratie stellt nach ihren Beschlüssen eigene Wahlmänner auf, ganz unbekümmert darum, wie sonst die anderen Partei-Konstellationen sind. Bekommt sie dann so viel Wahlmänner durch, daß sie auf das Wahlresultat entscheidend ist, dann hat der Parteivorstand in Berlin das entscheidende Wort zu sprechen. Bevor also die Urwahlen nicht entschieden sind, kann von „Zusammengehen“ überhaupt nicht die Rede sein. So stehen die Dinge, und das müßte jeder Politiker wissen. Und der freisinnige Herr hat sich gehörig hineingelegt, als er behauptete, was nach Lage der Sache unmöglich sein mußte.

Das ganze Vorgehen der Gegner ist genau dasselbe Zerrbild wie bei der Reichstagswahl. Uns kann das recht sein. Wir beteiligen uns mit allen Kräften an der Landtagswahl und springen für uns diesmal auch nicht nennenswerte Erfolge dabei heraus, nun — dann später. Wir können warten und organisieren den Sieg für die Zukunft.

△ **Weißenfels.** Fahrlässige Tötung. Frau Marie Neldner erhielt vom Landgericht Naumburg 2 Monate Gefängnis, weil sie auf einen in ihrer Pflege sich befindenden 2½ jährigen Knaben nicht Obacht gegeben hatte, so daß der Knabe vom Fuhrwerk überfahren und getötet werden konnte. Der Knabe war der Sohn einer Witwe Schumann von hier.

— Manöverunglück. Schwer verletzt wurde Freitag mittag ein Stabshoboist des Artillerie-Regiments Nr. 74, Garnison Torgau, mittelst Sanitätswagens nach dem hiesigen Garnisonlazarett gebracht. Der Verunglückte ist im Gelände mit seinem Pferde zu Falle gekommen, wobei er unter dasselbe zu liegen kam. Wie verlautet, hat der Verletzte verschiedene Rippen gebrochen und sonstige Verletzungen davongetragen.

Theißen. In der Notiz in Nr. 197, Gemeinderatswahl betr. ist der Name des Gewählten richtig zu stellen. Er heißt nicht Fritzsch sondern Richard Fötzsch. Desgleichen ist unrichtig angegeben der Name des anderen Genannten. Nicht Leetsch sondern Lötsch muß es heißen.

L. **Wittenberg.** Feuer. In der Freitag-Nacht gegen 2 Uhr entstand auf bisher noch unaufgeklärte Weise in dem Formereigebäude der Vetzigschen Maschinenfabrik und Mühlenbau-Anstalt Feuer, welches aber bald vom Fabrik-Nachtwächter bemerkt wurde und mit Hilfe der in der Fabrik vorhandenen Löschvorrichtungen gedämpft werden konnte, so daß ein größerer Schaden nicht entstand. — Bei Rackith brannte am Sonnabend nachmittag ein dem Gutsbesitzer Horn in Eutzsch gehöriger Strohdiemen nieder.

— In der Kurfürstenstraße fand am Sonnabend abend nach 10 Uhr eine Schlägerei statt, wobei zwei Arbeiter aus Friedrichstadt blutig geschlagen wurden.

Eisleben. Manöverfreuden. Bei den Manövern der 7. Division ist Sonnabend früh in der Nähe von Schraplau ein Drachenballon der Manöver-Luftschifferabteilung infolge starken böigen Windes abgerissen. In der Gondel befanden sich zwei Offiziere. Beim Losreißen wurden zwei Soldaten schwer verwundet. Der Ballon landete um 10¾ Uhr vormittags sehr glatt bei Treuenbrietzen.

Delitzsch. Barbarische Eltern. Die Bahnarbeitereheleute Prautzsch standen am Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, ihre aus der ersten Ehe des Ehemannes stammenden Kinder Paul und Otto fortgesetzt körperlich mißhandelt zu haben. Durch verschiedene Zeugen wird dann auch festgestellt, daß die Angeklagten in ganz unmenschlicher Weise mit den armen, mutterlosen Kindern umgegangen sind. Es soll kaum ein Tag vergangen sein, an dem die Mitbewohner das Jammern der Kinder nicht gehört haben. Ein Zeuge bekundet nämlich, daß der Vater seinen Sohn Paul eines Tages unzähligemal derart mit einem Stocke über den Kopf schlug, daß der Zeuge Einhalt tun mußte. Die Stiefmutter schlug ferner einen der Knaben derart mit der Faust ins Gesicht, daß dem armen Kinde das Blut aus Mund und Nase kam. Daß die Kinder zur Verzweiflung getrieben wurden, geht daraus hervor, daß Leute eines Morgens den größeren Knaben auf dem Friedhofe an dem Grabe seiner Mutter sitzend fanden, wo er dieselbe um Hilfe anrief. Das Gericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0007
DFG

nimmt vorsätzliche Körperverletzung als vorliegend an; da die Angeklagten jedoch bisher unbescholten sind, kommen sie noch einmal mit einer sehr gelinden Gefängnisstrafe davon und zwar erhält der Vater 30 Mk. Geldstrafe event. 6 Tage Gefängnis und die Stiefmutter, welche die Kinder am meisten traktierte, 50 Mk. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

— Erschossen hat sich in Kiel der am hiesigen Amtsgericht seit 1. Dezember v. J. amtierende Amtsrichter Dr. Wölfel. Derselbe war als Hauptmann der Reserve zu einer Uebung nach Kiel einberufen. Der unglückliche Mann hat die Tat anscheinend im Zustande krankhafter Erregung ausgeführt; er litt an einem nervösen Leiden und war deshalb seit Januar beurlaubt, um in Nervenheilanstalten Erholung zu suchen. Am 15. September sollte er wieder sein Amt übernehmen. Dr. Wölfel ist ein Sohn des einstmaligen Reichstagsabgeordneten für den hiesigen Wahlkreis.

Bitterfeld. Die schon oft gerügte Unsitte der Spielerei mit Schußwaffen hat am vergangenen Sonntag wieder einmal einen bedauerlichen Unfall gezeitigt. Der Arbeiter Karl N. aus Pouch spielte am vergangenen Sonntage im Maschinenhause einer hiesigen Fabrik mit einem Revolver und sagte dabei scherzweise zu dem dort beschäftigten Maschinengehilfen Paul W. von hier, „er wolle mal knepsen". In demselben Augenblick krachte ein Schuß und die Kugel drang dem W. in die linke Wade. Das Geschoß konnte bisher nicht entfernt werden und ist W. nicht im stande, seine Arbeit weiter verrichten zu können. N. will angeblich nicht gewußt haben, daß der Revolver geladen sei.

Magdeburg. Roheiten königstreuer Fleischergesellen kamen am Freitag vor dem hiesigen Schöffengericht zur Aburteilung. Der Altgeselle Schmolke und ein anderer Angeklagter erhielten je ein Jahr, ein dritter und vierter Beteiligter 9 resp. 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten haben, den eben erst aus der Lehre entlassenen Schlachter Siebert, weil er sich weigerte den sogenannten „Einstand" zu bezahlen und deshalb eines Diebstahls beschuldigt wurde, durch Ohrfeigen Fußtritte usw. unmenschlich mißhandelt. Der zu Hilfe geholte Arzt stellte eine Unzahl blutender Wunden, blutgefüllter Beulen und Striemen fest, von denen viele **14—20 Zentimeter lang und 4 Zentimeter breit** waren und sowohl den Kopf als auch den Körper bedeckten.

Wunderbarerweise sind die Verletzungen in 6 Wochen ohne Hinterlassung schwerer Folgen geheilt. Siebert wird von den Zeugen als gutartiger, ehrlicher, allerdings sehr sparsamer Mensch geschildert, dem kein Diebstahl zuzutrauen sei.

Das Gericht zog in Betracht, daß die Tat an **die Folterungen des Mittelalters** erinnere und erkannte je nach der Beteiligung auf je 1 Jahr Gefängnis gegen Schmolke und Berger, auf 9 Monate gegen Fuhrmann und 6 Monate gegen Grabowski. Die Angeklagten wurden auch verurteilt, eine Buße in Höhe von 150 Mark an den Mißhandelten zu zahlen. Schmolke und Berger wurden auch **sofort verhaftet.**

Gotha. Mord. In der Nacht vom 27. zum 28. August ist in dem benachbarten Ort Metebach ein schweres Verbrechen an der seit einigen Jahren von ihrem Gatten getrennt lebenden Frau Schmidt verübt worden. Man fand die Frau ziemlich entblößt und erdrosselt im Bett vor. Die Staatsanwaltschaft begab sich sofort nach Benachrichtigung an den Tatort. Nach der gerichtlichen Untersuchung ist der Mörder durch ein Schiebefenster eingedrungen und hat das Haus nach vollbrachter Tat durch die Haustür verlassen. Allem Anschein nach hat der Mörder die Frau im Bett überfallen, vergewaltigt und dann erdrosselt.

Versammlungsberichte.

Fachverein der Zimmerer.

Sonnabend, den 22. August, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der 6. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Wahl eines Delegierten. 2. Wahl eines Kommissionsmitgliedes und Revisors. 3. Vereinsangelegenheiten.

Als Delegierter wurde Kollege Gramann gewählt. Als Kommissionsmitglied wurde Albert Arndt, als Revisor Otto Weise gewählt. Hierauf wurden die Ueberstunden einer scharfen Kritik unterzogen. Unter anderem wurde erwähnt, daß bei dem Bauen eines Zeltes zum Turnfest in Nietleben, Berndorfs Gasthof zur Sonne, die Zimmerer Jänike und Fiedler bis spät in die Nacht hinein gearbeitet haben. Dieses Lokal steht, nebenbei bemerkt, den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung. Fiedler ist gewerkschaftlich, Jänike gewerkschaftlich und politisch organisiert. W. A.

Sozialdemokratischer Verein Merseburg.

In der Versammlung am 20. August gab Genosse Berndt den Bericht vom Kreistag. In der Debatte darüber wurde von verschiedenen Seiten das Referat über die Reichstagswahlen sehr scharf kritisiert. Da über die Vizepräsidentenfrage verschiedene noch nicht orientiert sind, soll diese Frage in der nächsten Versammlung erörtert werden. Die vorgenommenen Wahlen zeitigten folgendes Resultat: 1. Vorsitzenden R. Julich, 2. Vorsitzender Kathe, Schriftführer Schöbel und Revisoren Schmidt und Ritz. In Vereinsangelegenheiten kam der Fall Schmidt-Schöbel zur Sprache, welcher seine Erledigung schon gefunden hat, ferner der Fall Mittag und Kath. Betreffs Beilegung des letzteren Falles soll ein Schiedsgericht zusammentreten. Zu einer recht unliebsamen Szene kam es zum Schluß noch bei Erörterung unserer Niederlage bei den letzten Reichstagswahlen. Es wurde die Niederlegung der Kandidatur durch Genossen Mittag für das einzig richtige gehalten.

Sozialdemokratischer Verein Aue bei Zeitz.

Die Sonnabend, den 22. August, stattgefundene Versammlung beschäftigte sich mit der Beratung von Anträgen zum Kreistage und Wahl der Delegierten. Es lagen einige Anträge vor. Der erste Antrag will, daß die behördliche An- und Abmeldung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins nur an dem Orte geschehen soll, an dem der Verein resp. der Zentralvorstand seinen Sitz hat. Die Begründung stützt sich auf ein Kammergerichts-Urteil. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Ein weiterer Antrag will, daß Mitglieder, welche nicht weiter als vier Kilometer vom Vorort entfernt wohnen, im Vorort in den Zentralvorstand gewählt werden können, auch wenn sie der Zahlstelle des Vororts nicht angehören. Dieser Antrag wird ohne Debatte abgelehnt. Ferner wünscht eine Resolution: Der Zentralvorstand solle zum Kreistag für die vier Hauptpunkte der Tagesordnung Referenten bestellen, denselben aber aufgeben, daß sie sich auf begrenzte Redezeit einzurichten haben. — Bei der Delegiertenwahl wurden die Gen. Schulz, Hornickel und Burgau gewählt.

Im Verschiedenen machte der anwesende Gen. Leopoldt einige Ausführungen über die Landtagswahlen, ersuchte die Genossen, der Auslegung der Wählerlisten gut vorzuarbeiten und tüchtig zu agitieren. In der nächsten Versammlung wird Gen. Plorin einen Vortrag über den Landtag halten.

Aus dem Reiche.

Dresden. Der Reblausfachverständige für die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, Dr. Haumann, stellte bei Cossebaude zum erstenmale die geflügelte Reblaus in Sachsen fest, nachdem er schon vorher eine Nymphenform entdeckt hatte.

Dresden. Wer entlassen wird. Geh. Kommerzienrat Hahn wurde gegen eine Kaution von 100 000 Mk. aus der Untersuchungshaft entlassen.

Breslau. Pilzvergiftung. In Brockotschine bei Trebnitz erkrankte die aus fünf Personen bestehende Familie des Dienstknechtes Gräser sowie die Gärtnersfrau Schreiber und der Lohngärtner Kapuste nach dem Genuß giftiger Pilze. Kapuste, Gräsers Frau und ein Kind sind bereits gestorben.

Göttingen. Auf der Schwerspatgrube Hilfe Gottes bei Gittelde sind 2 Steiger durch abstürzende Gesteinsmassen getötet worden.

Hamburg. Unterschlagung. Die hiesige Viehmarktbank wurde durch den Viehkommissionär Konrad Wittenburg aus St. Pauli um mehrere Tausend Mark geschädigt. Der Täter wurde verhaftet. Ueber die Höhe der unterschlagenen Summen liegen noch keine bestimmten Angaben vor; einzelne Blätter beziffern dieselben auf 80 000 M.

Verden. Selbstmordversuch oder Ueberfall? Ein Trompeter des 26. Artillerie-Regiments, den man seit einigen Tagen vermißte, wurde blutüberströmt in seinem Bette mit Schußwunden am Kopfe und an der Brust aufgefunden. Er gibt an, im Parke überfallen zu sein, doch scheint Selbstmordversuch vorzuliegen.

Trier. Münzfund. In einer Tiefe von 2½ Metern stieß man gelegentlich der Kanalarbeiten auf eine in der Richtung vom Stadttheater nach dem Kaiserplatze führende Römerstraße. Auf der aus weißen Kalksteinen zusammengesetzten Straße fand man neben einer Anzahl römischer Münzen auch solche aus der Kurfürstenzeit Triers, sogenannte „Petermännchen"; gut erhaltene römische Bronzegefäße, Hausgeräte, Schüsseln, Nadeln usw. werden in allen Teilen der Stadt täglich gefunden. Das Provinzialmuseum hat durch die Kanalarbeiten manchen wertvollen Fund in seinen Besitz bekommen.

Wimpfen. Die Grenze geht durch den Schweinestall. Der Frkf. Ztg. wird berichtet: Der badisch-hessische Ort Kurnbach geht demnächst im Austausch gegen die Ortschaft Michelbach an Baden über. Daß dieser Entschluß so rasch gefaßt worden ist, das hat ein „Bruder Straubinger" verursacht, der, weil er keine Papiere hatte, vor einem badischen Polizisten in ein Haus Kürnbachs flüchtete, und zwar in einen Schweinestall hinein. Der Polizist eilte nach, aber der Fechtbruder befand sich bereits auf hessischem Gebiet, denn mitten durch den Stall der Borstentiere ging die Grenze. Der Badenser rief nun den hessischen Sicherheitswächter herbei, und dieser drang durch eine Hintertür in das hessische „Viertel", während der Badenser von Baden aus angriff. Der Handwerksbursch aber prügelte die Vertreter Badens und Hessens, von denen jeder ihn haben wollte, mörderisch durch. Als man ihn nun deswegen vor Gericht stellen wollte, wußte kein Mensch, auf welchem Gebiet die Hiebe gefallen waren und wohin der Fall zu verweisen sei. Daher der Austausch.

Stuttgart. Von der Ferienstrafkammer wurde der frühere Herausgeber des Anarchistenblattes Die Freiheit, Bürstenmacher Wilhelm Klink wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit im Sinne des § 176 Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Straßburg. Spionriecherei. In Ars an der Mosel wurden der Metzer Zeitung zufolge in der Nacht vom 25. auf den 26. August 6 Depotarbeiter, ein Depotfeldwebel und ein Sergeant unter dem Verdacht verhaftet, eine fehlende Granate neuester Konstruktion und einen Zünder Z. 96 an Frankreich überliefert zu haben.

Eingesandt.

Ein ernstes Wort richten die Parteigenossen von Lettin an die Einwohnerschaft dieses Ortes und die der Umgegend.

Nicht alle Genossen scheinen zu wissen, daß uns der Saal des Herrn Großmann noch nicht zur Verfügung steht. Denn es gibt sogar gewerkschaftlich organisierte Maurer und Zimmerer, die das Lokal mit Vorliebe besuchen und sich sagen: andere gehen ja auch hin, also können wir das auch. Das ist nicht richtig, sondern eine große Waschlappigkeit, die hier geübt wird. Auch unter den jungen Leuten findet sich eine Masse solcher, die dasselbe tun. Wir meinen, Leute von 20 bis 25 Jahren könnten schon begreifen, was sie als Arbeiter zu tun haben.

Denn die Wirte sagen sich: trinkt nur das Bier, aber eure Interessen lasse ich euch nicht vertreten, was für uns doch die große Hauptsache ist. Was hilft uns wohl der glänzende Wahlsieg unseres Ortes, wenn man nicht danach handelt. Da habt ihr eure Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben, und jetzt satt ihr uns in den Rücken und tut sogenannte Streikbrecherdienste. Wir verlangen gar nicht, daß ihr euch öffentlich bekennen sollt, aber wir verlangen, daß ihr uns nicht entgegen arbeitet. Denn unsere Parole heißt: Vorwärts, vorwärts, nicht zurück! Pflicht der Parteigenossen ist es ferner, für das Volksblatt zu agitieren. Wer nichts liest, kann auch nichts wissen. Also, suche jeder einen Parteigenossen zu gewinnen, dann sind wir schon ein Stück weiter.

Auf zum Kampf und dann zum Sieg!

Vermischtes.

* **Das Ende eines neutralen Ländchens.** Die seit längerer Zeit zwischen Belgien und Preußen schwebenden Verhandlungen über die endgültige Regelung der politischen Zugehörigkeit von Neutral-Moresnet sollen dem Abschlusse nahe sein. Danach würde das 350 Hektar umfassende Moresnet mit 3500 Einwohnern Belgien zugesprochen. Preußen erhält für die Preisgabe seiner Ansprüche eine entsprechende Geldsumme. Die Regelung der politischen Zugehörigkeit von Moresnet bedeutet auch das definitive Ende der in Altenberg kürzlich errichteten Spielhölle. Das neutrale Gebiet von Moresnet, auch Altenberg oder Kelmis (französisch La Calamine) genannt, hat durch seine eigenartigen staatsrechtlichen Verhältnisse schon wiederholt die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen. Neuerdings ist es die am 15. August daselbst, vorläufig in den Räumen des größten Hotels am Platze, eröffnete Spielbank, wodurch Neutral-Moresnet das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt. Das neutrale Gebiet verdankt seine staatsrechtliche Lage dem Umstande, daß Preußen und die Vereinigten Niederlande sich nach dem Wiener Kongreß über einen etwa vier Kilometer langen Grenzstreifen längs des Kantons Aubel nicht verständigen konnten. Der Artikel 16 des am 26. Juni 1816 zwischen den vorgenannten Staaten abgeschlossenen Grenzvertrages unterstellte daher dieses kleine Gebiet bis zu einer endgültigen Regelung der gemeinsamen Verwaltung. Unabhängig oder auch neutral im völkerrechtlichen Sinne ist Neutral-Moresnet somit nicht. Keiner der beiden Staaten — an die Stelle der Vereinigten Niederlande trat seit 1830 Belgien — hat jemals auf seine Hoheitsrechte Verzicht geleistet, nur lassen sich die beiden Regierungen in der gemeinschaftlichen Ausübung ihrer beiderseitigen Rechte von der Rücksichtnahme auf den anderen Teil leiten. Die militärische Besetzung des Gebietes ist indessen keiner der beiden Mächte gestattet. Ursprünglich waren alle Bewohner des neutralen Gebietes militärfrei. Seit 1848 sind jedoch die Bewohner belgischer Nationalität und seit 1854 auch die Einwohner deutscher Nationalität in Belgien resp. Deutschland heerespflichtig. Nur die eigentlichen „Neutralen", d. h. die Nachkommen der 1815 ansässigen Bevölkerung sind durchaus militärfrei. Es handelt sich hierbei um 439 Personen (1815 waren es 250), außerdem wohnen auf dem neutralen Gebiet 1470 Preußen, 1169 Belgier und 364 Holländer.

Die verworrenen Rechtsverhältnisse des Ländchens schienen den Leitern einer neuen Spielbank sehr zu statten zu kommen. Der Artikel 410 des Code penal (des Strafgesetzbuches) verbietet nämlich Spielbanken nur dann, wenn die Oeffentlichkeit zugelassen wird. Die Altenberger Spielbank gestattet den Zutritt zu ihren Salons nur den Mitgliedern des „Cercle privé des etrangers de Calamine" dessen Mitgliedschaft man durch Zahlung eines jährlichen Beitrags von 20 Franks erwirbt. Nach den Statuten kann jeder, der das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat, Mitglied des Cercle werden; indessen muß sich jedes Mitglied einer Ballotage unterziehen, die erst drei Tage nach erfolgter Anmeldung stattfinden darf. Das Komitee, dem die Leitung der Bank obliegt, ist verpflichtet, über jedes sich zur Aufnahme meldende Mitglied Erkundigungen einzuziehen. Einwohner von Neutral-Moresnet, sowie preußische, belgische und holländische Offiziere des aktiven Dienstes können nicht zugelassen werden. Die Statuten bezeichnen als den Hauptzweck des Unternehmens — ganz nach berühmten Mustern — die Verschönerung und die Hebung des Ortes Calamine. Nebenbei wird dann gesagt, daß die Gesellschaft ihren Mitgliedern allerlei Vergnügen und Zerstreuungen bietet: Konzerte, Wettrennen, Taubenschießen, Spielsalons. Gespielt wird Roulette. Trotz der kurzen Zeit des Bestehens der Bank ist bereits um bedeutende Summen gespielt worden, so hat beispielsweise ein Aachener Herr 68 000 Franks verloren. Der Besuch ist andauernd sehr stark. Es haben sich an einem Tage der vorigen Woche nicht weniger als achtzig Herren und Damen, meist Aachener, zur Aufnahme in den Cercle gemeldet.

* **Elf Personen verbrannt.** Auf der Besitzung der Gräfin von der Osten in Budapest brannte ein Holzsägewerk nieder. Hierbei verbrannten der Maschinist, zwei Arbeiter und acht Kinder.

* **Pestfälle** sind nach einer Meldung aus Sidney in Neu-Kaledonien bis zum 10. August 97 vorgekommen, von denen 87 tödlich verliefen.

* **Ein „ordentlicher Kerl" wird gesucht.** An einen Stellenvermittler in Görlitz gelangte folgende Postkarte:

„Ihr Anerbieten in Händen, antworte zurück, daß ich mit d. vorjährig gehabten Sommerarbeitern augenblicklich noch in Verhandlung stehe und ein Abschluß mit dens. noch aussteht. Sollten Sie einen Pferdeknecht deutschsprechend, wenn mögl. evangel. Konf. und **ordentlichen Kerl auf Lager** haben, so bitte um Angebot. Die ähn Stelle bei mir ist frei geworden, die einen Jahreslohn von 180 eventuell 210 M. trägt.

Hochachtend

Inspektor Weißflog.

Rittergut Pommritz Post Pommritz."

Ist denn der „Kerl" ordentlich, der einen „ordentlichen Kerl" sucht? Was die evangelische Konfession mit dem Abfahren von Pferdemist und anderen „hoffähigen" Hantierungen zu tun hat, ist wohl Geheimnis des Inspektors Weißflog.

* **Zerstreute Richter.** Aus einer Stadt in Westpreußen wird der Frkfrt. Ztg. geschrieben: Ein biederer Handwerksmeister war vom Schöffengericht von einer Anklage wegen geringfügiger Vergehen freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und die Sache kam infolgedessen vor der Strafkammer zur Verhandlung. Die ersten Zeugen belasteten den Angeklagten dermaßen, daß der Vorsitzende, der Macht der Gewohnheit folgend, ihn ziemlich barsch fragte, ob er nicht die Berufung zurücknehmen wolle. Der Verhandlungsleiter befand sich nämlich in dem Glauben, der Angeklagte, nicht die Staatsanwaltschaft hätte Berufung eingelegt, wie dies gewöhnlich der Fall ist. Auch die beisitzenden Richter und der Staatsanwalt schienen derselben Meinung zu sein und niemand erhob Einspruch, als der Angeklagte, der wohl gemerkt hatte, daß der Vorsitzende jede andere Antwort als „Ja" sehr übel genommen hätte, ein lautes „Ja" von sich gab, obwohl er gar nicht Berufung eingelegt hatte. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärte der Vertreter der Staatsanschaft, daß er mit der Zurückziehung des Einspruchs einverstanden sei. „Nun, es war das Vernünftigste, was Sie tun konnten; jetzt dürfen Sie nach Hause gehen", mit diesen Worten entließ der Vorsitzende den Angeklagten, der kopfschüttelnd der Sünderbank den Rücken kehrte. Nach kurzer Zeit erhob sich plötzlich der Staatsanwalt und teilte dem erlauchten Gerichtshof mit, daß die Berufung von der Anklagebehörde eingelegt worden sei, der Angeklagte sie also gar nicht zurückziehen durfte. Tableau! Ein Gerichtsdiener wurde schleunigst ausgesandt, den Angeklagten und die Zeugen von neuem vor die Schranken des Gerichts zu holen, und es gelang ihm nach vielen Bemühen, die Gesellschaft, die die erneute „Freisprechung" bereits zu feiern anfing, aufzufinden. Die Sache endete schließlich doch mit einem Freispruch.

* **Eine mysteriöse Geschichte.** Der Voss. Ztg. wird aus Graz berichtet: Am 11. Juni 1901 wurde, wie damals gemeldet wurde, ein gewisser Franz Bratuscha, Schuhmacher in Monsberg, Bez. Pettau (Untersteiermark), vom Schwurgericht in Marburg zum Tode durch den Strang verurteilt, weil er auf Grund seines eigenen Geständnisses schuldig befunden wurde, seine Tochter Johanna Bratuscha ermordet und Stücke von der Leiche gebraten und verzehrt zu haben. Auch seine Gattin Marie, die in die grausige Geschichte mitverwickelt war, wurde zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt. Bratuscha wurde vom Kaiser begnadigt und die Todesstrafe in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. Nun wurde vor kurzem in Kram ein Mädchen Namens Johanna Bratuscha als mittellos aufgegriffen und dem Bezirksgericht in Rudolfswert eingeliefert. Das Mädchen habe sich nach seiner Angabe aus Furcht vor häuslicher Strafe vom elterlichen Hause in Monsberg entfernt und sei über Cilli nach Kram gekommen. Diese Angaben veranlaßten das Bezirksgericht in Rudolfswert, beim Gemeindeamt in Monsberg Erkundigungen einzuziehen. Das Gemeindeamt antwortete, daß es allerdings ein Mädchen Namens Johanna Bratuscha gegeben habe, daß dieses Mädchen aber, wie die Schwurgerichtsverhandlung unzweifelhaft ergeben habe, ermordet, gebraten und gegessen worden sei. Nun wurde Johanna Bratuscha, die vermeintlich Verzehrte, beim Bezirksgericht neuerlich vernommen, und das Ergebnis soll gewesen sein, daß man es tatsächlich mit der echten, angeblich ermordeter Johanna Bratuscha zu tun habe. Jetzt befassen sich die Gerichte in Marburg mit dieser geheimnisvollen Angelegenheit. Gegenwärtig werden die Erhebungen in der Gegend bei Pettau gepflogen. Sollte die Identität der Johanna Bratuscha mit der angeblich Ermordeten unzweifelhaft erwiesen werden, so bliebe nur die Annahme übrig, daß der verurteilte Bratuscha sein Geständnis in unzurechnungsfähigem Zustande abgelegt hat.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 29. August.

Aufgeboten: Bäcker Rohr und Elsa Decker (Raffineriestr. 2 und Königstr. 24). Heizer Zimmermann und Elsa Schusetzer (Leipzig).

Eheschließungen: Steindrucker Blesse und Berta Nilius (Spitze 10 und Eichendorffstr. 3). Arbeiter Seidel und Marie Füssel (Glanzaerstr. 4). Kaufmann Möritz und Helene Heynemann (Leipzig und Neunhäuser 1). Revisor Schlicht u. Anna Müller (Bernhardystr. 27 u. Schwetschkestr. 8). Assistent Heinze u. Klara Buch (Mansfelderstr. 52 u. Friedrichstr. 13). Maschinenputzer Butzer u. Anna Sachse (Luckengasse 3 u. Sennewitz).

Geboren: Restaurateur Thurm S. (Krausenstr. 4). Druckereibesitzer Keil T. (Beesenerstr. 1). Tischlermeister Thielicke S. (Gr. Steinstr. 63). Kellner Wiewicke T. (Kirtenstr. 9). Arbeiter Reichstein T. (Schloßberg 1). Bäcker Kolbe T. (Klinik). Briefträger Schmidt S. (Sternstr. 5). Steindrucker Wurzbach T. (Rathausstr. 12).

Gestorben: Wagenmeisters Körnicke S., 2 Mon. (Krukenbergstr. 4). Privatmanns Kunze Ehefrau, 58 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Kesselschmieds Märtens S., 1 Mon. (Steinweg 8). Schneiders Beyer S., 5 T. (An der Moritzkirche 5). Bremsers Tschentke S. 2 J. (Dreyhauptstr. 7). Arbeiters Kottwitz T., 7 Mon. (Torstr. 28). Arbeiter Schuster, 80 J. (Siechenhausstiftung). Witwe Leidenroth, 54 J. (Klinik).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219030901-16/fragment/page=0008